

KARL OTMAR FRHR. v. ARETIN
PRÄLAT KAAS, FRANZ VON PAPEN
UND DAS REICHSKONKORDAT VON 1933

Die historische Situation, in der es am 20. Juli 1933 zum Abschluß des Reichskonkordats kam, enthält eine Fülle von Problemen, die sowohl das Verhältnis von Kirche und Staat wie das sehr viel heiklere von Politik und Kirche betreffen. Hätte es sich lediglich um eine Abmachung zwischen dem Vatikan und einer revolutionären Regierung gehandelt, so wäre das Problem sehr einfach: Nach dem Beispiel Leos XIII., der 1892 die französischen Katholiken zur Anerkennung der Republik aufforderte, obwohl diese revolutionäre Ursprungs war, hätte es für Papst Pius XI. keinen Grund gegeben, mit den Nationalsozialisten kein Konkordat abzuschließen. In seiner Empfehlung vom 16. Februar 1892 hatte Leo den Standpunkt vertreten, daß der revolutionäre Ursprung eines Regimes durch seine Etablierung geheilt werde, und daß seine Anerkennung unumgänglich sei, sofern das Regime Dauer verspreche und die Gewähr gegeben wäre, daß das Regime in seiner Gesetzgebung nicht gegen die katholische Soziallehre verstoßen würde. Dies war der Vorgang, das sogenannte Ralliement, auf den man sich 1933 beziehen konnte und auch bezog¹. Er hat in der Diskussion um das Reichskonkordat eine bisher zu wenig beachtete Rolle gespielt.

Freilich lagen die Verhältnisse 1933 in Deutschland nicht ganz so einfach. Das siegreiche Regime vertrat eine Weltanschauung, dessen unchristliche Grundsätze eindeutig vom deutschen Episkopat abgelehnt worden waren². Andere Parteien, nämlich das Zentrum beziehungsweise die Bayerische Volkspartei, waren den Gläubigen von demselben Episkopat in teilweise sehr eindeutigen Formulierungen empfohlen worden³. Schon diese Tatsachen zeigen, daß das Verhältnis der Katholiken zum Kabinett Hitlers je nach Standort sehr verschieden war: In Rom gab es Vorbehalte gegen die neuen Machthaber, aber man hatte sich nicht festgelegt. Der deutsche Episkopat hatte sowohl eine theologische wie eine politische Entscheidung gegen den Nationalsozialismus getroffen. Trotz eindeutiger Empfehlungen war es ihm nicht gelungen, dem Zentrum alle Katholiken oder auch nur einen

¹ Vgl. H. Barion, Kirche oder Partei? in: Der Staat 4 (1965), S. 146.

² H. Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, 1963, veröff. auf S. 15–21 die Stellungnahme Kardinal Bertrams „Ein offenes Wort in ernster Stunde“. Die Verurteilung war zwar von allen Bischöfen, aber nicht als geschlossene Erklärung der beiden Bischofskonferenzen von Fulda und Freising erfolgt. Vgl. L. Volk, Zur Kundgebung des deutschen Episkopats vom 28. März 1933, in: Stimmen der Zeit 173 (1964), S. 432 (künftig zitiert: L. Volk, Kundgebung).

³ H. Barion, der das Konkordatsproblem auf die Anerkennung der Regierung Hitlers als rechtmäßige Regierung reduziert und diese Anerkennung durch die deutschen Bischöfe vom 28. 3. 1933, S. 151, in souveräner Verachtung aller historischen Zusammenhänge zur „lehramtlichen Quelle“ hochstilisiert, übersieht, daß sowohl die gegen den Nationalsozialismus gerichteten offiziellen Äußerungen der deutschen Bischöfe als auch die Wahllistenbriefe denselben Rang beanspruchen können wie die Hirtenbriefe vom 28. 3. und 10. 6. 1933.

überwiegenden Teil zuzuführen. Trotzdem galt das Zentrum als *die* katholische Partei. In allen Kabinetten der Weimarer Republik vertreten und von 1930 bis 1932 die entscheidende Regierungspartei, war sie enger mit der Weimarer Republik verbunden, als den Bischöfen und insbesondere dem Vatikan lieb war. Das hat zu einer Politisierung der Anhänger im Sinne der Verteidigung der bestehenden Verhältnisse geführt, obwohl, in der Führung des Zentrums ebenso wie im Episkopat, die Weimarer Republik keineswegs als unantastbares Ideal galt.

Von da her ist verständlich, weshalb die Tatsache der Ernennung Hitlers am 30. Januar sehr verschiedene Reaktionen auslöste. In Rom war man offensichtlich besorgt. Bei dem von den Nationalsozialisten erstrebten Einheitsstaat wurde die Gültigkeit der zum Teil eben erst abgeschlossenen Länderkonkordate zweifelhaft. Die bisherige Haltung des deutschen Episkopats barg die Gefahr eines Kirchenkampfes in Deutschland in sich. Man war daher, wie wir sehen werden, in Rom bemüht, den deutschen Episkopat zur Zurückhaltung und zur Vorsicht zu ermahnen. Gründe, ein Konkordat in so kurzer Zeit abzuschließen, wie es geschehen ist, lagen nicht vor, und es gibt auch keine Anzeichen, daß man in Rom dies erwogen hätte⁴. Ähnlich war die Haltung des deutschen Episkopats. So eindeutig seine Kundgebungen gegen die Nationalsozialisten auch gewesen waren – nun da diese die Regierung übernommen hatten, wollte man abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden. Von hier ist ebenfalls keine Initiative zur Aufnahme der Konkordatsverhandlungen ausgegangen⁵. Damit rücken jene beiden Persönlichkeiten in den Vordergrund, denen nach übereinstimmendem Urteil der rasche Abschluß des Konkordats zu danken war: Vizekanzler Franz von Papen und der Vorsitzende der Zentrumsparlei Prälat Ludwig Kaas.

Das Interesse Papens am Konkordatsabschluß gehört bereits zur engeren Vorgeschichte. Hingegen muß zu Ludwig Kaas einiges gesagt werden. Bereits 1919/1920, bei den ersten Erwägungen über ein Reichskonkordat, wie bei allen später darüber gepflogenen Verhandlungen, war Kaas ein enger Mitarbeiter des Nuntius Pacelli, und gleichzeitig Berater der Reichsregierung in Konkordatsfragen. Er war auch an den Abschlüssen des badischen und preußischen Konkordats beteiligt. Diese Tätigkeit steht jedoch mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Zentrumsparlei im Dezember 1928 in keinem Zusammenhang. Insbesondere ist es eine Konstruktion, wenn der jüngste Verteidiger des Prälaten, Josef Becker, dieser Wahl programmatische Bedeutung zumessen will. Becker schreibt⁶: „Die zweite mit der Entscheidung des

⁴ Die von G. Lewy, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, 1965, S. 82, geäußerte Vermutung, daß der Vatikan auf Abschluß eines Konkordats gedrängt habe, ist heute nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die offiziellen Akten über die Konkordatsverhandlungen werden demnächst von A. Kupper in der Veröffentlichungsreihe der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern publiziert.

⁵ In derselben Reihe wird in den nächsten Jahren eine von Ludwig Volk besorgte Ausgabe der Akten des deutschen Episkopats zum Konkordatsabschluß erscheinen.

⁶ J. Becker, *Das Ende der Zentrumsparlei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland*, *Die Welt als Geschichte* 23 (1963), S. 167 (künftig zit.: J. Becker, *Das Ende*).

Kölner Parteitages [Wahl des Prälaten Kaas zum Vorsitzenden] 1928 untrennbar verbundene Konsequenz: mit der (endgültigen) Absage an eine grundsätzliche Wendung zur rein politischen Partei war jene Legitimation gegeben, auf die sich Prälat Kaas 1933 bei seinem Eingehen auf Konkordatsverhandlungen stützen konnte.“

Hier sind zwei Dinge in einer Weise verquickt, die geeignet sind, die Haltung von Kaas 1933 in ein ganz falsches Licht zu setzen. Seine Wahl war kein Programm, sondern ein Kompromiß, weil Stegerwald nicht durchzubringen war und Joos sich versagte⁷. Ein Verzicht auf eine Entwicklung zur rein politischen Partei hin war damit nicht ausgesprochen. 1930 ist das Zentrum die Regierungspartei geworden. Damit war die Entwicklung zur politischen Partei ebenso verbunden wie eine Wendung nach rechts⁸. Sie drückt sich unter anderem in der im Sommer 1932 von Kaas propagierten bürgerlich-nationalen Sammlungsbewegung mit Einschluß der Nationalsozialisten aus⁹. Damit fällt aber Beckers oben zitierte These von der mit der Wahl Kaas im Zentrum eingeleiteten politische Wende vollends in sich zusammen. Es ist zwar richtig, daß sich das Zentrum, wenn auch nicht programmatisch, so doch als Folge dieser Wahl, stärker an den Klerus band und so auch seine Geschlossenheit als weltanschauliche Partei in den Jahren 1930 bis 1933 fand¹⁰. Die Schlußfolgerung aber, daß diese Entwicklung eine Abkehr von der Politik gewesen sei, die Kaas 1933 ermächtigt habe, das Zentrum in Konkordatsverhandlungen aufzugeben (so Becker, *Das Ende*, S. 157), ist durch nichts zu belegen. Die politische Aktivität des Zentrums in den Jahren 1930–1932 hat nicht nur zu einer an den Wahlergebnissen ablesbaren Zunahme protestantischer Stimmen (besonders in der Wahl vom 31. 7. 1932) geführt, sondern auch dazu, daß Hugenberg im Zentrum *das* Bollwerk der Demokratie in Deutschland schlechthin sah¹¹.

⁷ Das war ein Ergebnis einer Arbeitstagung der Katholischen Akademie im September 1962, bei der sich Joos eindeutig äußerte. Über die Wahl Kaas' vgl. R. Morsey, *Das Ende der Zentrumspartei*, in: *Das Ende der Parteien*, hrsg. v. E. Matthias und R. Morsey, 1960 (künftig: R. Morsey, *Zentrumspartei*), S. 283–90. Auch E. Deuerlein, *Der deutsche Katholizismus 1933*, 1963, S. 131 f. ist von der o. a. These weit entfernt (künftig zitiert: E. Deuerlein, *Katholizismus*).

⁸ Auch das leugnet J. Becker, *Das Ende*, S. 164f.

⁹ Die Ausführungen darüber von J. Becker, *Zentrum und Ermächtigungsgesetz* (künftig: J. Becker, *Zentrum*), in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 196, stehen in Widerspruch zu seinem o. a. Aufsatz, S. 164f.

¹⁰ Als Kuriosum sei lediglich vermerkt, daß J. Becker, *Das Ende*, sich auch hier innerhalb von 2 Seiten gleich zweimal widerspricht. S. 166f. spricht er von der „nur mit dem vom Klerus mitgetragenen weltanschaulichen Appell erklärbaren Konstanz des Wählerstammes 1930–33“. Auf S. 165 aber wird mit Vehemenz gegen die These von einem vordringenden klerikalen Einfluß im Zentrum polemisiert. Daß damit, was J. Becker S. 165 leugnet, zwangsläufig eine größere Abhängigkeit von Rom entstand, bestätigt er S. 167 durch seine eben angeführte Behauptung von der durch die Wahl Kaas' endgültig gewordenen, weil von Rom gewünschten Abkehr des Zentrums von der Form einer rein politischen Partei.

¹¹ In seiner Rede in Bielefeld am 1. März 1933 bezeichnete Hugenberg das Zentrum geradezu als Förderer des Marxismus und forderte angesichts der marxistischen Reichstagsbrandstiftung, daß es in Zukunft keinen Zentrumsminister und keine Regierung der Weimarer Koalition mehr geben dürfe.

Die Anhänger des Zentrums haben sich auch als ein Bollwerk gegen den Nationalsozialismus gefühlt. Die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen lag daher weder in ihrem noch im Interesse der Partei. Trotzdem ist Prälat Kaas zusammen mit Papen zur Schlüsselfigur der Verhandlungen geworden¹². Beide haben Hitler zu seinem ersten ganz großen innen- und außenpolitischen Erfolg verholfen.

Man wird davon ausgehen können, daß nach der Wahl vom 5. März 1933 Prälat Kaas seine Politik als gescheitert ansah. Die Bildung eines „Koalitionskabinetts“ unter Hitler war ohne Beteiligung des Zentrums gelungen. Die Koalition hatte in der Wahl vom 5. März die absolute Mehrheit erhalten. An der Legalität der neuen Regierung war nicht zu zweifeln. Sie war mit legalen Mitteln, solange die Koalition hielt, auch nicht zu stürzen. Somit stellte sich für ihn die Frage, welche Konsequenzen sich aus dieser Tatsache für seine Partei und für die katholische Kirche ergeben würden.

Gemäß dem Vorbild des Ralliement blieb als Begründung für die Ablehnung der neuen Regierung nur noch die Befürchtung, daß die Gesetzgebung sich künftig nicht im Rahmen der kirchlichen Forderungen halten und durch eine antichristliche oder rassistisch ausgerichtete ergänzt werden würde. Hier waren ernste Zweifel am Platz. Die Aussichten, eine solche Gesetzgebung mit politischen Mitteln, das heißt mit Hilfe seiner Partei zu verhindern, schätzte Prälat Kaas offenbar gering ein. Dagegen erschien ihm die Möglichkeit erfolgsversprechender, Hitler in einem Konkordat auf wesentliche Prinzipien der katholischen Soziallehre festzulegen. Diese Frage ist daher in den Verhandlungen von entscheidender Bedeutung geworden, was bisher übersehen wurde.

Mit diesen ganz auf die Lehren der Kirche ausgerichteten Betrachtungen stand Prälat Kaas jedoch bereits außerhalb der politischen Entscheidungen. Hierbei ging es nämlich weniger um den Charakter der künftigen Gesetze als um die Frage, inwieweit die verfassungsmäßige Ordnung erhalten bleiben sollte. Aus der eigentümlichen Struktur des Zentrums ergab sich aber, daß die an sich unpolitische Frage, nämlich des künftigen Verhältnisses der Nationalsozialisten zur katholischen Kirche, sich mit der politischen, nämlich der künftigen Gestaltung Deutschlands, verband. Prälat Kaas hat die Lösung der ersten Frage für vordringlich gehalten. Er entschied damit nicht mehr als Vorsitzender einer politischen, wenn auch religiös bestimmten Partei. Insofern hat Josef Becker recht, wenn er von einem Rückzug aus der Politik spricht. Nur hätte Prälat Kaas spätestens hier, als das Scheitern seiner Politik offenkundig war, und nicht erst am 6. Mai sein Amt als Vorsitzender der Partei niederlegen müssen. Ein solches Vorgehen hätte um so näher gelegen, als seine Handlungen nach dem 5. März erkennen lassen, daß er sich kaum noch als Vorsitzender des Zentrums fühlte. Daß er damit in Übereinstimmung mit den von Leo XIII. 1892 entwickelten Grundsätzen handelte, entschuldigt seine Haltung nur zum Teil.

¹² Das betont auch G. Lewy, a. a. O., S. 81, trotz seiner Tendenz, die Konkordatsverhandlungen aus der Affinität der katholischen Kirche mit autoritären Regimen zu begründen.

1. Vorgeschichte

Die Bemühungen, die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche durch ein Konkordat zu regeln, sind fast während der ganzen Zeit der Weimarer Republik nicht zur Ruhe gekommen. Sie begannen bereits 1919 und führten nach verschiedenen Entwürfen 1924 zu einer Ausarbeitung, die Franz von Papen am 7. April 1933 auf seine Reise nach Rom mitgegeben wurde¹³. Da aber namentlich für die vom Vatikan gewünschte Lösung der Schulfrage im Reichstag keine Mehrheit zu gewinnen war, sind die Verhandlungen nicht weitergeführt worden. Lediglich eine Nebenfrage, die vom Reichswehrministerium gewünschte Exemption der Militärseelsorge, blieb Gegenstand einer Diskussion, wobei der 1930 zum Kardinalstaatssekretär ernannte frühere Nuntius in München und Berlin, Eugenio Pacelli, mit großer Zähigkeit versuchte, mit dieser Frage allgemeine Konkordatsverhandlungen zu verbinden.

Ein solches Konkordat schien ihm nach Abschluß des bayerischen (1924) und preußischen (1929) als eine Art Rahmenvertrag wichtig. Die deutschen Bischöfe standen den Wünschen des Reichswehrministeriums mit Reserve gegenüber. In einem Schreiben vom 2. Mai 1932 versuchte der Erzbischof von Paderborn, Caspar Klein, dem Reichswehrministerium den Standpunkt der Bischöfe plausibel zu machen¹⁴. Am 13. Juli antwortete Schleicher mit einem sehr bestimmten, ablehnenden Brief, den er mit Hilfe des Prälaten Kaas und des Referenten für Vatikanfragen im Auswärtigen Amt, von Menshausen, verfaßte¹⁵. Dieser Brief wurde der Anlaß des Konkordatsangebots, mit dem sich Kardinalstaatssekretär Pacelli am 25. Oktober 1932 an die deutsche Regierung¹⁶ und vier Tage später direkt an den Reichskanzler von Papen wandte¹⁷.

Dieses Angebot hat zwar bei den Verhandlungen von April bis Juli 1933 keine Rolle gespielt, doch ist damit rein personell der Zusammenhang hergestellt: Kardinalstaatssekretär Pacelli, der prinzipiell ein Konkordat mit dem Deutschen Reich anstrebte und nicht zuletzt dieses Drängens wegen im April 1933 in eine schwierige Lage geriet, als Hitlers Vizekanzler Franz von Papen mit einem äußerst günstigen Konkordatsangebot bei ihm erschien; Prälat Kaas, der ähnlich wie Pacelli seit 1920 hinter allen Bestrebungen, zu einem Reichskonkordat zu gelangen, stand, und Franz von Papen, der Mann, der am 20. Juli 1933 das Reichskonkordat abschloß und der sich dies bis auf den heutigen Tag als ein besonderes Verdienst anrechnet.

Die Teilnahme des Prälaten Kaas an dem Zustandekommen des Schreibens vom

¹³ Vgl. L. Kaas, Tagebuch 7.–20. 4. 1933, hrsg. v. R. Morsey, in: Stimmen der Zeit 166 (1960), S. 428 (künftig zitiert: Morsey, Tagebuch). Zu den Konkordatsverhandlungen während der Weimarer Republik vgl. E. Deuerlein, Das Reichskonkordat, 1956 (künftig: E. Deuerlein, Reichskonkordat).

¹⁴ Das Schreiben ist bisher nicht gefunden worden.

¹⁵ Veröffentlicht bei A. Kupper, Zur Geschichte des Reichskonkordats, Stimmen der Zeit 171 (1962) (künftig zitiert: Kupper II), S. 35f.

¹⁶ Schreiben veröff. bei A. Kupper II, S. 37f.

¹⁷ Ebenda, S. 39f.

13. Juli 1932 ist bisher nicht in allen Einzelheiten geklärt¹⁸. Seine Beteiligung ist aber nicht ohne Interesse. Der Brief war offensichtlich zur Weitergabe nach Rom bestimmt. Prälat Kaas war seit 1928 Vorsitzender des Zentrums, das zum Kabinett Papen, dem Schleicher als Reichswehrminister angehörte, in schärfster Opposition stand. Neben Papen war es insbesondere Schleicher, der vom Zentrum für den Sturz Brüning's verantwortlich gemacht und deshalb heftig angefeindet wurde. Die Fühlungnahme Schleicher-Kaas Mitte Juli 1932, als die Erregung gegen das Kabinett Papen im Zentrum wegen seiner ersten Regierungsmaßnahmen (Auflösung des Reichstages, Aufhebung des SA-Verbotes) auf dem Höhepunkt stand, läßt zumindest den Schluß zu, daß schon damals Prälat Kaas eine Neigung zeigte, in allen Rom betreffenden Fragen sein Amt als Parteivorsitzender in den Hintergrund treten zu lassen.

Papen hat das Konkordatsangebot positiv aufgenommen. Aus einer handschriftlichen Aufzeichnung des Staatssekretärs von Bülow vom 23. November geht hervor, daß Papen die Forderungen Pacellis aus „innenpolitischen Gründen“ gern erfüllt hätte¹⁹. Was er unter innenpolitischen Gründen verstand, ist nicht gesagt, doch liegt es nahe, daß damit sein Verhältnis zum Zentrum gemeint war, das durch die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen durch das von ihm bekämpfte Kabinett Papen in eine schwierige Lage gebracht werden konnte.

Über das Angebot Pacellis sind im Reichsinnenministerium Gutachten und Beratungen erfolgt, die sich bis in die Zeit des Kabinetts Hitler erstrecken²⁰. Da das Innenministerium jedoch bis zum 3. Juli 1933 mit den Vorbereitungen zum Abschluß des Reichskonkordats nicht befaßt war, haben diese Vorarbeiten keinerlei Einfluß auf die Verhandlungen im Sommer 1933 ausgeübt.

2. Das Verhältnis Kaas-Papen und die Haltung des deutschen Episkopats bis zum 7. April 1933

Nach dem 30. Januar 1933 sank das Ansehen Papens rasch. Dazu trugen bekanntgewordene Einzelheiten seines intrigenreichen Kampfes gegen Schleicher ebenso bei wie die auf ihn zurückgehende Notverordnung vom 6. Februar 1933, mit der die preußische Polizei unter die Verfügungsgewalt Hermann Görings kam, der an Stelle des auf verfassungswidrige Art endgültig abgesetzten Otto Braun preußischer Ministerpräsident wurde. Bestrebungen Schleichers, Papens bösesten Fehler auszugleichen und mit Brüning, an Stelle von Hugenberg und Papen, in das Kabinett Hitler einzutreten, verschlechterten seine Stellung²¹. Im Wahlkampf

¹⁸ A. Kupper, ebenda S. 28 Anm. 14, erwähnt lediglich die Tatsache.

¹⁹ Vgl. Dok. 12 bei Kupper II, S. 40.

²⁰ Vgl. Dok. 16 Kupper II, S. 47f. Entwurf einer Antwort auf das Schreiben des Kardinalstaatssekretärs vom 25. Oktober 1932, der nach einer Ressortbesprechung am 21. 2. 1933 erstellt wurde.

²¹ Von diesen Bestrebungen berichtet ein Vertrauter Schleichers, Trabert von der Thann, am 17. und 21. Februar 1933 an den Vorsitzenden des bayerischen Heimat- und Königsbundes, Freiherrn von Guttenberg, dessen Verbindungsmann zu Schleicher er seit Mai 1932 war.

verkündete Papen, ein christliches Reich deutscher Nation mit Hilfe Hitlers gründen zu wollen²².

Diesen Werbungen gegenüber blieben die Reihen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei geschlossen. Im Hirtenbrief zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 stellte sich der deutsche Episkopat noch einmal hinter die katholischen Parteien²³. In der Verlautbarung des Bischofs von Ermland heißt es²⁴: „Wenn auch der Nationalsozialismus sympathische Züge an sich hat und manche berechtigte Forderung erhebt, müssen wir ihn doch ablehnen, solange er noch an den Prinzipien festhält, die von den deutschen Bischöfen als Irrlehre verworfen sind.“ Dieser Hirtenbrief stellte das Zentrum als einzig wählbare Partei heraus. Trotz aller Beschränkungen und trotz aller Zeitungs- und Versammlungsverbote blieb der katholische Wählerstamm geschlossen. Das Zentrum konnte eine Zunahme von fast 200000 Stimmen und vier Abgeordneten verzeichnen. Die im Sog der NSDAP ohne wesentliche Beschränkung mitgezogene Partei Papens, die DNVP, konnte ihre Mandatzahl nur knapp halten.

Noch einmal hatte sich die Geschlossenheit des politischen Katholizismus bewährt. Dieses Votum der Wähler barg für die Parteileitung des Zentrums und den Episkopat eine Verpflichtung in sich. 4,4 Millionen Wähler hatten sich im Angesicht des beginnenden nationalsozialistischen Terrors mit ihrem Votum für das Zentrum und damit gegen Hitler und die drohende nationalsozialistische Diktatur entschieden.

Es war natürlich nicht leicht, dem Auftrag der Wähler nachzukommen. Es gab dafür wahrscheinlich nur den offenbar vom Grafen Galen vorgesehenen Weg, die

Nachlaß Guttenberg, Schloß Guttenberg. Unabhängig davon gingen gleichlautende Nachrichten aus dem Kreis um den Industriellen Reusch an den Geschäftsführer des rechtsgerichteten Interessenverbandes „Gäa“, Franz Freiherrn von Gebattel, wie aus einer Notiz Gebattels für den Vorsitzenden der „Gäa“, Prof. Paul Nikolaus Cossmann, vom 24. 2. 1933 hervorgeht. Da nur kleine Reste des Nachlasses von Gebattel dem Zugriff der Gestapo entgingen, ist der Ursprung dieser Notiz nicht mehr festzustellen. Nachlaß Franz von Gebattel, Schloß Gebattel. Eine dritte Nachricht ist in einem Brief des Berliner Korrespondenten der Münchner Neuesten Nachrichten, Otto von Heydebreck, an Erwein Freiherrn von Aretin vom 19. Februar enthalten, in dem er von bevorstehenden Veränderungen im Kabinett spricht, die wohl Schleicher und Brüning betreffen. Da Heydebreck zu den bestinformierten Leuten zählte und ein Vertrauter Brünings war, kommt diesem Brief eine besondere Bedeutung zu. Nachlaß Erwein Aretin, Schloß Haidenburg. Es sei dahingestellt, ob es sich hierbei um Illusionen Schleichers gehandelt hat. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß diese Nachrichten in Zusammenhang mit den monarchistischen Bestrebungen in Bayern standen, über die an anderer Stelle berichtet werden soll. Im übrigen vgl. meine Schilderung: Das Ende der Zentrumspartei und der Abschluß des Reichskonkordates am 20. Juli 1933, in: Frankfurter Hefte 17 (1962), S. 239 f.

²² Rede Papens im Sportpalast in Berlin am 11. Februar 1933. Text im Dt. Rundfunkarchiv, Frankfurt.

²³ Veröff. bei H. Müller, a. a. O., 1963, Nr. 22, S. 63 f.

²⁴ Veröff. ebenda, Nr. 23, S. 64. Hier auch der Aufruf eines Pfarrers, der den Satz aus dem Hirtenbrief „Schöpfet eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern“ durch den Satz „Diese aber stehen geschlossen auf dem Boden der Zentrumspartei“ ergänzte. Nr. 24, S. 65 f.

imponierende Geschlossenheit des politischen Katholizismus der nationalsozialistischen Flut entgegenzusetzen.

Wie Hitlers Äußerung in der Kabinettsitzung vom 7. März zeigt, hat auch er dies befürchtet. Weitere Einbrüche in die Wählerschaft des Zentrums und der BVP²⁵, meinte er, könnten nur dann errungen werden, wenn die Kurie die beiden Parteien fallenlasse. Jene Geschlossenheit wurde von Prälat Kaas durch seinen ohne Wissen seiner Parteifreunde unternommenen Besuch bei Papen bereits am Tage nach der Wahl unmöglich gemacht. Dieser Besuch ist im Hinblick auf die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag allerdings verständlich.

Aber Kaas hätte wissen müssen, daß er nach allem, was geschehen war, nicht auf den Renegaten von Papen hoffen durfte, der noch heute seinen Triumph nicht unterdrücken kann, den er über diesen „aus freiem Entschluß“ gemachten Besuch empfand²⁶. Dieser Besuch kam in doppelter Beziehung einer Kapitulation gleich. Einmal, weil Papen damit wußte, daß das Zentrum nicht an Widerstand dachte, sondern mit dem von ihm bisher bekämpften Kabinett der nationalen Konzentration zusammenarbeiten wollte. Zum anderen aber, weil Prälat Kaas sich seit dem 31. Mai 1932 geweigert hatte, mit Papen zusammenzutreffen, und nun Papen rehabilitiert erschien.

Über den Inhalt der Unterredung liegen uns bis auf die spärlichen Mitteilungen, die Papen in der Kabinettsitzung vom folgenden Tag machte, keine Nachrichten vor. Danach hat Kaas lediglich vorgeschlagen, unter das Vergangene einen Strich zu ziehen. Aus der Bemerkung Papens in der Kabinettsitzung vom 15. März, „vielleicht könne man die Parteien von Zeit zu Zeit über die von der Reichsregierung beabsichtigten Maßnahmen orientieren“, schließt J. Becker, der auch von Kaas in den Unterredungen mit Hitler am 20. und 22. März geforderte und von Hitler zugebilligte Reichstagsausschuß sei Gegenstand der Unterredung am 6. März gewesen²⁷. Papen hat diesen Eindruck Josef Becker in einem Brief vom 24. Mai 1961 bestätigt. Dieser Behauptung widerspricht aber eine Äußerung Papens vom 28. 11. 1952. In dem bekannten Mittwochsgespräch in Köln über seine Memoiren hat er nämlich behauptet, er habe zwar diesen Ausschuß gefordert und wäre auch bereit gewesen, ihn im Kabinett zu vertreten, doch habe sich das Zentrum niemals deswegen mit ihm in Verbindung gesetzt²⁸.

²⁵ Die BVP hatte am 5. März 21 000 Stimmen oder ein Mandat eingeüßt. Es dürfte dies, wie Ferdinand Muralt in seinem Aufsatz Politischer Katholizismus und Kultur in Deutschland, in: Hochland 30 (1933), S. 249f., meinte, mit den Bemühungen des Vorsitzenden der BVP Fritz Schäffer zusammengehangen haben, in Bayern als Damm gegen die braune Flut die Monarchie wieder zu errichten.

²⁶ In einem Schreiben vom 26. 7. 1960 an Joseph Graf Droste zu Vischering führt er diesen Besuch als Beweis dafür an, daß Prälat Kaas seinen (Papens) Wortbruch vom 31. 5. 1932 nicht als ehrenrührig empfunden hätte. Aus diesem Brief geht im übrigen hervor, daß zwischen dem 31. 5. 1932 und dem 6. März 1933 zwischen Papen und Kaas keine Beziehungen bestanden. (Abschrift des Briefes im Besitz des Verfassers.)

²⁷ J. Becker, Das Ende, S. 151. In seinem Aufsatz: Zentrum, S. 199, ist Becker bezüglich der Gesprächsthemen vom 6. März noch sehr viel vorsichtiger.

²⁸ Bericht Rheinischer Merkur Nr. 48 vom 28. 11. 1952.

Bleibt diese Frage ungeklärt, so ist Beckers Deutung sicher unrichtig, es sei am 6. März zu einer Zusammenarbeit Papen-Kaas in dem Sinn gekommen, dem Zentrum nach der Wahl vom 5. März politischen Einfluß zu sichern. Bei dem ausgeprägten Bedürfnis Papens nach Rache am Zentrum, das sich in allen seinen Äußerungen in dieser Zeit zeigt, wird man diesen Ausschub wohl nur als einen Köder bezeichnen dürfen, mit dem Papen und später Hitler den zu erwartenden Widerstand des Zentrums zu überwinden hofften²⁹. Die Entschiedenheit, mit der Becker das Konkordats Thema für die Verhandlungen zwischen Kaas und Papen am 6. März bestreitet, entbehrt der gesicherten Quellengrundlage. Dieses Gesprächsthema lag insofern nahe, als Papen ja am Ende seiner Kanzlerschaft ein Konkordat angestrebt hatte und nach seinen Angaben mit Hitler unmittelbar nach dem 30. Januar darüber gesprochen hat³⁰. Auch wußte er, daß Kaas „der Fachmann“ dafür war. Es handelte sich zudem um ein relativ neutrales Thema, auf das sich beide rasch einigen konnten. Ein Beweis dafür fehlt allerdings.

Mit dem Besuch von Kaas bei Papen war die Kapitulation des Zentrums eingeleitet, wie sie am 25. März 1933 durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vollzogen wurde. Sie wäre nur durch eine entschlossene und zielbewußte Führung zu vermeiden gewesen, zu der nicht einmal Ansätze zu erkennen sind. Bereits am 20. März, also zu Beginn der Verhandlungen zwischen Hitler und Kaas über die Haltung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz, wußte Goebbels, daß das Zentrum diesem Gesetz zustimmen würde³¹. Prälat Kaas und eine Mehrheit der Abgeordneten war dazu von Anfang an entschlossen, und es ging eigentlich nurmehr darum, eine Kapitulationsbasis zu finden, die es ermöglichte, die scharf opponierende Minderheit in der Zentrumsfraktion zu gewinnen³². In ungewöhnlich konzipierter Form hat Hitler sie in seiner Regierungserklärung vom 23. März gefunden.

Damit war eine für die Zukunft der Partei wichtige Entscheidung getroffen. Prälat Kaas soll am 20. März gemeint haben, daß eine Neuorientierung künftig nach der religiösen Seite hin erfolgen müsse³³. In einem Artikel, der am 5. April in der gesamten Zentrums Presse erschien und der, wie allgemein angenommen wurde, von Prälat Kaas stammte, forderte er zur Zusammenarbeit im neuen Staat unter Hintansetzung aller bisherigen Bedenken auf^{33a}.

Diese Ereignisse erschwerten die Lage der deutschen Bischöfe. Seit Jahren hatten sie durch Erklärungen in den politischen Tageskampf eingegriffen. Die zentrums-

²⁹ Auch G. Lewy, a. a. O., S. 85, spricht von dem ausgeprägten Rachebedürfnis Papens.

³⁰ Papen an von Bergen, 7. 4. 1934, vgl. G. Lewy, a. a. O., S. 79.

³¹ J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, 1934, S. 284.

³² In diesem Sinn hat Brüning (in seinen Erinnerungen in der dem Verfasser bekannten Fassung vom Herbst 1955) die Täuschung der Fraktion durch Kaas verstanden.

³³ J. Becker, Das Ende, S. 156, wertet diese Äußerung als programmatische Erklärung, ohne auszuführen, wie eine „Neuorientierung nach der religiösen Seite“ politisch aussehen sollte. Im übrigen handelt es sich hierbei auch nicht um eine verbürgte, sondern um eine später von R. Morsey sinngemäß rekonstruierte Aussage von Kaas, die schon deshalb kaum geeignet ist, Klarheit zu schaffen. Vgl. R. Morsey, Zentrums Partei, S. 559, Anm. 45.

^{33a} Vgl. W. Spaal, Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert, 1964, S. 303 f.

treuen Katholiken, die nicht zuletzt durch die Haltung des deutschen Episkopats in ihrer Gegnerschaft gegen die Nationalsozialisten bestärkt worden waren, erwarteten daher ein klärendes Wort ihrer Bischöfe. Im Frühjahr 1933 waren diese die Zielscheibe immer heftiger werdender Angriffe gegen die „Zentrumsbischöfe“. Ein erster Versuch Franz von Papens, am 18. März beim Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, eine Zurücknahme der Verurteilung zu erreichen, scheiterte an dessen lapidarer Erklärung, erst müßten sich die Nationalsozialisten ändern und ihre Rassenlehre ablegen, wozu keinerlei Anzeichen zu erkennen seien. Die Regierungserklärung Hitlers am 23. März veränderte hier, jedenfalls in den Augen von Kardinal Bertram, die Situation³⁴. Zwar hatte Hitler als Reichskanzler und nicht als Führer der NSDAP gesprochen, auch konnte keine Rede von einer Verleugnung der nationalsozialistischen Rassenlehre sein. Aber Kardinal Bertram erblickte in Hitlers Erklärungen über das künftige Verhältnis des nationalsozialistischen Staates zur Katholischen Kirche eine indirekte Antwort auf seine gegenüber Papen am 18. März erhobene Forderung. Auch schienen mit dieser Regierungserklärung im Sinne der Staatslehre Leos XIII. die Bedenken gegen die von der neuen Regierung eingeschlagene Richtung in der Gesetzgebung überwunden. Ähnlich wirkte eine Erklärung Görings vom 29. April 1932, die am 19. März 1933, also fast ein Jahr später, von Papen nahestehenden Angehörigen des deutschnationalen und zentrumsfeindlichen rheinisch-westfälischen Vereins katholischer Edelleute dem Erzbischof von Paderborn mit der klaren Absicht überreicht wurde, damit die Bedenken des deutschen Episkopats gegen die Nationalsozialisten zu zerstreuen. Göring hatte sich damals sehr verständigungsbereit gezeigt. Diese zeitgerecht lancierte Erklärung tat ihre Schuldigkeit. Kardinal Faulhaber wertete das Schriftstück sogar als Bürgschaftserklärung höchster politischer Stellen³⁵. Kardinal Bertram wollte die Chance nicht ungenutzt vorbeigehen lassen und hat schließlich mit einer auch unter seinen Amtsbrüdern Befremden erregenden Eile am 28. März 1933 jene Erklärung der Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz herausgegeben, in der die Warnung vor dem Nationalsozialismus zurückgenommen wurde³⁶. Noch mehr als

³⁴ Vgl. den Brief Kardinal Faulhabers an die bayer. Bischöfe vom 20. 4. 1933, veröff. bei E. Deuerlein, *Katholizismus*, S. 113 f.

³⁵ Vgl. L. Volk, *Kundgebung*, S. 452, Anm. 62, Brief Kardinal Faulhabers an den Linzer Bischof Gföllner vom 5. 4. 1933. Über die Verhandlungen mit Göring vgl. ebenda, S. 441.

³⁶ Über das Zustandekommen vgl. P. Mikat, *Zur Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz über die nationalsozialistische Bewegung vom 28. März 1933*, in: *Jahrbuch des Instituts für christliche Sozialwissenschaften* 3 (1962), S. 224–32. Der o. a. Aufsatz von L. Volk ergänzt Mikats Äußerungen von der Freisinger Bischofskonferenz her. Er untersucht mit bemerkenswerter Akribie die Gründe für Bertrams Übereilung, die auch in Rom unliebsam vermerkt wurde. H. Barion, *Kirche oder Partei?* in: *Der Staat* 4 (1965), S. 152 f., nennt diese Kundgebung eine stilistische Meisterleistung, weil hier zwischen dem anzuerkennenden Regime und der abzulehnenden Partei in unangreifbarer Weise unterschieden wurde. Indirekt freilich muß auch er die verheerenden Auswirkungen dieser Kundgebung zugeben, wenn er S. 173 meint: „Die reinen Toren, die sich durch die beiden Dokumente [Erklärungen der deutschen Bischöfe vom 28. 3. und 10. 6. 1933] für unter Sünde verpflichtet hielten, in die NSDAP einzutreten, braucht man in einer wissenschaftlichen Studie nicht weiter zu beach-

das Original wirkten die entstellten Berichte in den Zeitungen wie eine Kapitulation der Bischöfe vor dem Nationalsozialismus. Das von vielen Zentrumsanhängern nach dem 23. März ersehnte klärende Wort der Bischöfe war eindeutig negativ ausgefallen. Die am 5. März noch eingenommene Position war ohne Verschulden der Zentrumswähler sowohl von der Parteiführung wie vom deutschen Episkopat geräumt worden, ohne daß Sicherungen für die Verhinderung einer nationalsozialistischen Diktatur vorhanden waren.

In beiden Fällen hat es nicht an Einsicht in die Folgen gefehlt. Sowohl Graf Galen wie Brüning und seine Anhänger waren sich bis zuletzt über die üblen Folgen ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im klaren. Auch bei den deutschen Bischöfen war die Ansicht über die Zweckmäßigkeit der Erklärung vom 28. März geteilt³⁷. Sie haben die Folgen ihrer Haltung durchaus gesehen. Kardinal Faulhaber kleidete das in seinem Brief an den Linzer Bischof Gföllner in die Worte: „Wir erleben also jetzt die Tragik, daß die Bischöfe im Aufblick zu höheren Lebensfragen des Reiches Gottes den Verdacht einer Umschwenkung auf sich nehmen und dem kritischen Klerus gegenüber von den tiefen Anlässen der Kundgebung schweigen müssen.“³⁸

Beide Ereignisse – Unterzeichnung des Ermächtigungsgesetzes und Kundgebung der Bischöfe – stehen in einem eigentümlichen Gegensatz zu dem bis in den Juni hinein immer wieder bezeugten Kampfwillen der Zentrumsanhänger, der trotz Entlassungen von Beamten des Zentrums, willkürlichen Verhaftungen, Zeitungsbeschlagnahmungen, Vereinsverböten und Schikanen aller Art, und nicht zuletzt trotz der rasch ansteigenden Zahl von „Märzgefallenen“, ungebrochen blieb³⁹. Er hat auch beim Klerus einigen Widerhall gefunden. So hat der Münchener Domdekan Scharnagl am 24. März 1933 die Bischöfe Graf Preysing und Buchberger vor den Gefahren einer verfrühten Anpassung mit dem Hinweis darauf gewarnt, daß die katholische Bevölkerung und insbesondere die Jugend, wo überhaupt, dann aus Gehorsam gegen die Bischöfe, den Nationalsozialisten widerstanden habe⁴⁰. Das unausgesprochene Ziel beider Kundgebungen wurde nicht erreicht: Weder die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz noch die Erklärung der Bischöfe hat jene Flut von Unrecht eindämmen können⁴¹. „Die Fuldaer Kundgebung stützt sich auf

ten.“ Vgl. auch R. Leiber, Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei, in: Stimmen der Zeit 167 (1960), S. 216f.

³⁷ Für die von P. Mikat S. 232 angenommenen Vorbehalte bringt L. Volk, Kundgebung, S. 437f., bemerkenswerte Äußerungen der Bischöfe von Passau (v. Ow-Felldorf), Eichstätt (Graf Preysing) und Regensburg (M. Buchberger).

³⁸ Zitiert nach L. Volk, ebenda.

³⁹ R. Morsey, Zentrumspartei, führt eine bemerkenswerte Liste derartiger Kundgebungen an.

⁴⁰ L. Volk, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930–34, 1965, S. 60 (künftig: Bayerischer Episkopat).

⁴¹ Wenn J. Becker, in: Das Ende, S. 157, schreibt: „Nicht trotz Auflösung katholischer Vereine, nicht trotz Verhaftung von Geistlichen und ähnlichen Maßnahmen mehr, sondern trotz und wegen des in Deutschland einsetzenden Kirchenkampfes stützte Kaas die Konkordatspolitik und riet schließlich in der Endphase der römischen Verhandlungen der Parteileitung dazu, den als Machtfaktor matt gesetzten Zentrumsturm aufzugeben“, so übersieht er die

die Worte des jetzigen Reichskanzlers“, schrieb der Dominikaner Stratmann an Kardinal Faulhaber am 10. April 1933⁴², „das Volk sieht auf die Taten seiner Partei . . . Eine barbarische, nie erlebte geistige und materielle Enteignung wird gegen Zehntausende Unschuldige, Wehr- und Rechtlose durchgeführt, und keine autoritative Stimme erhebt sich in der Öffentlichkeit dagegen.“

3. Die Anfänge der Konkordatsverhandlungen

Die Frage, von wem im März 1933 die ersten Fühler zu den Konkordatsverhandlungen ausgestreckt wurden und wie diese zustande kamen, ist noch völlig ungelöst. Man kann hier im wesentlichen nur Vermutungen anstellen. Wollte man den Angaben folgen, die Prälat Kaas in seinen tagebuchartigen Notizen zum 8. April gemacht hat, so hätte er sich zufällig an diesem Tag im Zug mit Franz von Papen getroffen, der wie Kaas auf dem Weg nach Rom war, um dort Konkordatsverhandlungen zu beginnen. Ein solcher Zufall ist jedoch mehr als unwahrscheinlich. Auch Göring ist am selben Tag in derselben Mission nach Rom gefahren. Man wollte offensichtlich durch getrennte Reisen verfrühte Gerüchte vermeiden.

In Rom war man seit dem Angebot vom 25. Oktober 1932 ohne Gegenvorschläge geblieben. Mit Sorge betrachtete man die Vorgänge in Deutschland, weil man das starke Engagement des deutschen Episkopats für das Zentrum und gegen den Nationalsozialismus kannte. Verschiedene Kundgebungen und Äußerungen in Rom, von denen die Anspielung auf Hitler und seinen Kampf gegen den Bolschewismus in der Ansprache Papst Pius' XI. im Konsistorium am 15. März 1933 die wichtigste war, zeigten diese Beunruhigung⁴³. Diese Kundgebungen lassen erkennen, daß der deutsche Episkopat und damit auch das Zentrum bei einer entschiedenen Behauptung ihrer Position gegen den Nationalsozialismus in Rom zunächst kein Ver-

Erfolglosigkeit dieser Vorleistungen, durch die sich nur die Lage des politischen Katholizismus entscheidend verschlechterte, ohne irgendeinem Zentrumsangehörigen Erleichterungen zu verschaffen.

⁴² Veröff. bei L. Volk, Kundgebung, S. 453 f.

⁴³ Vgl. L. Volk, Päpstliche Laudatio auf Hitler, in: Stimmen der Zeit 173 (1963), S. 221 ff. Vgl. auch ders., Kundgebung, S. 433 und das dort in Anm. 7 veröff. Telegramm des deutschen Botschafters am Vatikan, v. Bergen, vom 15. 3. 1933, in dem v. Bergen berichtet, er sei im Staatssekretariat ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß Pius XI. damit eine indirekte Anerkennung des „entschiedenen Vorgehens Reichskanzlers sowie der Regierung gegen den Kommunismus“ ausgesprochen habe. Dieser Bezug wird auch von Papen in seinen Erinnerungen hergestellt, wo er auf S. 314 die Behauptung aufstellt, Pius XI. habe ihn mit den Worten empfangen „wie beglückt er sei, in Hitler eine Persönlichkeit der deutschen Regierung zu sehen, die den kompromißlosen Kampf gegen Kommunismus und Nihilismus auf ihre Fahne geschrieben habe“. Wie stark diese Erklärung auch auf die deutschen Bischöfe wirkte, zeigt der schon zitierte Brief Kardinal Faulhabers an den Linzer Bischof Gföllner vom 3. April, in dem es heißt, „der Hl. Vater hat damit öffentlich dem Reichskanzler Hitler ein Lob gespendet“. Kardinal Faulhaber berichtete anlässlich der Beratungen der bayerischen Bischöfe in Regensburg am 20. 4. 1933 über das Konsistorium vom 15. 3., wo „der Hl. Vater dem Reichskanzler Adolf Hitler für seine Stellungnahme gegen den Kommunismus öffentliches Lob gespendet habe“. Vgl. E. Deuerlein, Katholizismus, S. 115.

ständnis gefunden hätten. Das wirkte natürlich zurück. Insbesondere wurde davon Kardinal Faulhaber beeindruckt, der seit dem 9. März in Rom weilte⁴⁴. Nach einem Gespräch, das er in der zweiten Märzhälfte mit Graf Hubert Walderndorff hatte, ist er in Rom von einer hochgestellten Persönlichkeit, hinter der Walderndorff den Kardinalstaatssekretär Pacelli vermutete, gefragt worden, ob die katholischen Parteien in Deutschland stark genug seien, sich zu halten und etwaige Anschläge der neuen Regierung gegen die katholische Seelsorge zu verhindern⁴⁵. Er habe diese Frage klar verneinen müssen⁴⁶. Die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März wurde in Rom als Anknüpfung für ein Konkordat betrachtet⁴⁷. Am folgenden Tag trat Kaas eine seit längerem geplante Reise nach Rom an. Er blieb bis zum 31. März und wurde an diesem Tag von Hitler zurückgerufen⁴⁸. Es ist wahrscheinlich, aber nicht belegbar, daß er in Rom über die Möglichkeiten eines Konkordats gesprochen hat⁴⁹. Prälat Kaas konnte die an Kardinal Faulhaber gestellte Frage klarer beantworten als dieser. Eine negative Antwort über die Aussichten des Zentrums aus dem Munde von Kaas ist um so wahrscheinlicher, als selbst Becker zugeben muß, „daß Kaas . . . schon frühzeitig die Position des Zentrums als hoffnungslos ansah und darin ein entscheidendes Motiv seiner Konkordatspolitik lag“⁵⁰. Jedoch sind das ebenso Vermutungen wie die Möglichkeit einer vor dem 23. März liegenden Absprache Kaas-Papen, die zwar vom Verlauf her wahrscheinlich, aber nicht zu belegen ist. Dafür spräche die Angabe in Goebbels' Zeitschrift „Der Angriff“ vom 20. Juli 1937, wonach Kaas und das Zentrum ihr Ja zum Ermächtigungsgesetz von der Bereitschaft der Reichsregierung abhängig gemacht hätten, „über ein Konkordat mit dem Hl. Stuhl zu verhandeln und die Rechte der Kirchen zu achten“⁵¹.

⁴⁴ Vgl. L. Volk, Bayerischer Episkopat, S. 68.

⁴⁵ Brief des Grafen Walderndorff vom 22. 3. 1933 an Enoch Freiherrn zu Guttenberg, Nachlaß Guttenberg, Schloß Guttenberg.

⁴⁶ Die von E. Deuerlein, Reichskonkordat, S. 298, Anm. 354, erwähnten Kombinationen dürften auch mit den Restaurationsversuchen vom Februar 1933 zusammenhängen, denen Kardinal Faulhaber positiv gegenüberstand. Das „Versagen“ der BVP in dieser Angelegenheit ist vom Kardinal auch gegenüber Graf Walderndorff erwähnt worden, der Mitglied des Landesauschusses der BVP und überzeugter Monarchist war. Die Verärgerung darüber dürfte die Haltung Kardinal Faulhabers in Rom beeinflußt haben. Vgl. dazu auch R. Morsey, Zentrumsparlei, S. 357, Anm. 28. Die dort ausgesprochene Vermutung, daß Kardinal Faulhaber in Rom über das Schicksal der katholischen Parteien gesprochen habe, wird durch den Brief des Grafen Walderndorff bestätigt. Vgl. auch E. Deuerlein, Katholizismus, S. 166f. und die dort gemachte Feststellung, Kardinal Faulhaber sei mit dem Willen zur Toleranz gegenüber dem neuen Regime von Rom zurückgekehrt.

⁴⁷ Bericht v. Bergens vom 25. 3. 1933.

⁴⁸ Vgl. G. Lewy, a. a. O., S. 81.

⁴⁹ J. Becker, Das Ende, S. 151, der Kaas von dem „Verdacht“ reinigen will, er habe die Initiative zum Konkordat ergriffen, führt gegen diesen naheliegenden Gedanken das Argument ins Feld, die Reise sei bereits im Januar 1933 geplant gewesen, habe eine deutsch-belgische Streitfrage betroffen und könne daher mit der Konkordatsfrage nicht im Zusammenhang stehen.

⁵⁰ J. Becker, Das Ende, S. 157.

⁵¹ Vgl. R. Morsey, Zentrumsparlei, Anm. 59, S. 363f. Es ist kein Grund zu sehen, weshalb diese Angabe, die allerdings bisher keine Bestätigung erfahren hat, erfunden sein soll.

Da eine solche Forderung in den Gesprächen mit Hitler nicht aufgestellt wurde, konnte das nur in Verhandlungen zwischen Kaas und Papen geschehen sein, von denen wir aber nichts wissen.

4. Die Verhandlungen in Rom und der Entpolitisierungsartikel

Bereits in den ersten Meldungen, die über die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen in die Welt gingen, war davon die Rede, daß von Papen in Rom versuchen würde, in einem Konkordat eine Bestimmung zu verankern, die es den deutschen Geistlichen verbot, sich zu Abgeordneten wählen zu lassen⁵². Eine solche Bestimmung mußte bei der engen Bindung, die zwischen Klerus und Zentrum in diesen Jahren bestand, für das Zentrum schwerwiegende Folgen haben; war es doch kein Zufall, daß bei den Verhandlungen um die drei 1933 von den Nationalsozialisten eingebrachten Ermächtigungsgesetze im Reich, in Preußen und in Baden jeweils Prälaten die wichtigsten Verhandlungspartner der Nationalsozialisten waren. Die Absicht, künftig Geistlichen durch einen Konkordatsartikel politische Betätigung zu verbieten, geht in der Tat auf Franz von Papen zurück. Gegenüber dem Vatikanreferenten im Auswärtigen Amt betonte er am 7. April kurz vor seiner Abreise, er habe dies veranlaßt⁵³, „und zwar auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen in vielen stürmischen Sitzungen des Zentrums der preußischen Landtagsfraktion, wie auch besonders unter dem Eindruck der Reichstagsdebatte vom 12. September 1932 mit der Zustimmung des Zentrums zu dem kommunistischen Antrag Torgler“. Damit dürfte Papens Motiv genügend geklärt sein. Der Antrag Torgler vom 12. September 1932 führte zu einem Mißtrauensvotum des deutschen Reichstags gegen den damaligen Reichskanzler von Papen, von dem sich nur die Deutschnationalen ausschlossen. Dieses Mißtrauensvotum trug Papen mit 512 : 42 Stimmen eine üble Niederlage ein⁵⁴. Als Grundlage für die Verhandlungen mit Rom nahm Papen einen Konkordatsentwurf aus dem Jahre 1924, das Promemoria des Hl. Stuhles vom 25. Oktober 1932, sowie zwei Entwürfe für eine Beantwortung dieses Promemorias aus dem Februar 1933 mit. Diese Akten enthielten indes keinen Artikel über die politische Tätigkeit katholischer Geistlicher. Papen hat auch keinen Entwurf dafür mitgenommen, sondern wollte die Formulierung offenbar der Kurie überlassen. Das ist bei dem Gewicht, das man später dem Artikel beilegte, erstaunlich. Es setzt die Hoffnung auf ein aktives Mitwirken von Seiten der Kurie voraus, was wiederum darauf schließen läßt, daß vorher irgendwelche Kontakte mit Rom vorhanden waren, wenn man nicht annehmen will, daß sich Papen hier völlig auf seine Intuition verließ. Für diesen Fall wäre das „zufällige“ Treffen mit Kaas im Münchener Hauptbahnhof für Papen ein kaum zu überbietender Glückszufall.

⁵² Meldung der Pariser Zeitung Journal vom 6. 4. 1933. Vgl. dazu A. Kupper, Zur Geschichte des Reichskonkordats, in: Stimmen der Zeit 163 (1959), S. 284 (künftig Kupper I).

⁵³ Zitiert nach A. Kupper I, S. 283.

⁵⁴ Becker, Das Ende, S. 155, Anm. 25, zieht mit wenig überzeugenden Argumenten in Zweifel, daß Papen aus Rachegefühlen für den Entpolitisierungsartikel eintrat.

Von Kaas sind, da wir über seine Tätigkeit vor der Romreise nicht unterrichtet sind, keine Äußerungen zum Konkordat vor dem 7. April bekannt. Daß er bei seiner Unterredung mit Hitler unter vier Augen am 2. April über das Konkordat gesprochen habe, ist bis heute eine Vermutung geblieben. Die erste Äußerung von Kaas über den Entpolitisierungsartikel ist seine Tagebucheintragung über das Gespräch mit Papen am 8. April im Zug, während der Reise nach Rom. Sie lautet: „Bezüglich der sogenannten Entpolitisierung des Klerus machte ich ihn [Papen] darauf aufmerksam, daß die schematische Übertragung des Artikels 43⁵⁵ des Laterankonkordats auf Deutschland nicht empfohlen werden könne. Das konfessionell einheitliche Italien und das konfessionell zerklüftete Deutschland hätten in diesem Betreff jedes seine eigenen biologischen Gesetze.“⁵⁶ Einige Zeilen später heißt es: „Den von der neuen Regierung angestrebten Effekt werde man im wesentlichen durchaus erreichen können, wenn man in erster Linie die Seelsorgsgeistlichkeit beziele, und die im kanonischen Recht schon vorhandenen Ansätze (Can 139 CIC) in entsprechender Weise weiter entwickle, ohne ins Extreme zu verfallen. Bei gutem Willen beiderseits werde es nicht allzu schwer sein, hierfür eine anständige und ausgeglichene Lösung zu finden. Herr von Papen teilte mir mit, daß er beabsichtige, über diese Frage mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär zu verhandeln.“

Bei dieser Unterredung im Zug fiel eine Bemerkung von Kaas, die zeigt, daß er sich zu diesem Zeitpunkt bereits als Unterhändler in Konkordatsfragen fühlte. Nachdem er das Gespräch über die Möglichkeiten einer Garantie kulturpolitischer Fragen schilderte, schreibt er, er habe zu Papen gesagt: „Wenn letzteres der Fall sei, werde ich wahrhaftig nicht kleinlich sein.“

In den folgenden Tagen fanden Gespräche zwischen Kaas, Papen und Göring in Rom statt. Göring, der auf getrenntem Weg nach Rom gefahren war, wurde auch mit Papen am 10. April von Papst Pius XI. empfangen⁵⁷. Die gleichzeitige Anwesenheit Görings weist darauf hin, daß Papen mit Wissen Hitlers tätig war. Daß an den Gesprächen zwischen Papen und Göring auch Kaas teilnahm, spricht auch für einen offiziellen Auftrag von Kaas. Wieweit Rom von der Ankunft der deutschen Unterhändler unterrichtet war, ist mit Sicherheit nicht auszumachen. Dafür spricht lediglich ein am 9. April im *Osservatore Romano* erschienener Artikel, der sich gegen die Behauptung richtete, die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. 3. sei eine Zurücknahme früherer Erklärungen. Es sei vielmehr der Nationalsozialismus, der seine Einstellung zu religiös-sittlichen Fragen geändert habe. Auch hier ist aber der Bezug nicht zwingend⁵⁸.

⁵⁵ Art. 43, Abs. 2 enthielt das Verbot für Geistliche und Ordensleute, sich bei irgendeiner Partei einzuschreiben und zu betätigen.

⁵⁶ Zitiert nach R. Morsey, *Tagebuch*, S. 427 f.

⁵⁷ F. v. Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, 1952, S. 314, verschweigt in seinem Eifer, sich allein das Verdienst am Zustandekommen des Konkordats zu sichern, die gleichzeitige Anwesenheit Görings. Vgl. dazu G. Lewy, S. 82. Zu den widersprüchlichen Angaben Papens hierüber vgl. G. Lewy, S. 79 ff.

⁵⁸ Vgl. W. Spaal, a. a. O., S. 305.

In diesen Verhandlungen scheint Kaas rasch seine anfänglichen Bedenken wegen der Entpolitisierung des Klerus aufgegeben zu haben. Schon am 14. April heißt es in einer Eintragung seines Tagebuchs: „Um für die Besprechung des kommenden Tages wenigstens einen kleinen Ausgangspunkt zu schaffen, entwerfe ich noch nachts eine Reihe von Einzelformulierungen, darunter auch den sogenannten Entpolitisierungsartikel.“⁵⁹ Da der Entwurf nicht erhalten ist, können wir über dessen Form nur Vermutungen aufstellen. Jedenfalls aber hat Kaas seinen Widerstand bereits in der ersten Phase aufgegeben. Am 15. April war eine Besprechung zwischen Papen und Pacelli, an der auch Kaas teilnahm. Hier sind auch die von Kaas formulierten, dem Entwurf vom November 1924 angefügten Artikel über den Treueid, Gebete für den Staat, Entpolitisierungsartikel, Trauung in Fällen sittlichen Notstandes, Minderheitenschutzartikel, Militärseelsorge, Botschafts- und Nuntiatursartikel erörtert worden. Prälat Kaas erhielt daraufhin den Auftrag, einen Entwurf herzustellen⁶⁰. Am 16. und 17. April konnte Kaas seinen Entwurf mit dem erkrankten Kardinalstaatssekretär im Beisein von Pater Leiber durchsprechen. Die Grundlage dieses Entwurfs waren weiterhin die von Papen mitgebrachten und von Prälat Kaas im Sinne Papens ergänzten Unterlagen, weshalb es nicht ganz korrekt ist, wie P. Leiber es tut, von einem Entwurf des Vatikans zu reden, der weitestgehende Forderungen enthielt, die zur Überraschung Roms von Berlin angenommen worden seien⁶¹. Der Entwurf wurde am 20. April nach Berlin geschickt.

Da der von Kaas übersandte Entwurf sich bisher nicht gefunden hat, sind wir auf Rückschlüsse angewiesen, die sich aus dem Antwortbrief Papens vom 27. April ergeben. Papen hatte den Entwurf am 26. April mit Hitler durchgesprochen. Er schreibt zum Entpolitisierungsartikel: „Hier wünscht der Kanzler eine Regelung, wie sie im ersten Satz des Can. 139 § 4 vorgesehen ist, d. h. also, daß der Heilige Stuhl von sich aus ein dahingehendes generelles Verbot erläßt. Die Fassung möchte ich Ihnen vorbehalten. Der Kanzler hält es für ungenügend, nur die im seelsorglichen Amt stehenden Herren einzubegreifen und die Regelung den einzelnen Bischöfen zu überlassen, die naturgemäß und infolge ihrer zum Teil sehr engen Verbundenheit mit der [Zentrums-]Partei wahrscheinlich vor schwierige Gewis-

⁵⁹ Zitiert nach R. Morsey, Tagebuch, S. 428.

⁶⁰ Es ist nicht gesagt, von wem er den Auftrag erhielt. R. Morsey, Tagebuch, S. 429, Anm. 27, schließt daraus auf einen Auftrag von beiden Seiten. R. Leiber, a. a. O. (vgl. Anm. 36), S. 218, nennt diesen Entwurf einen von Kardinalstaatssekretär Pacelli der Gegenseite vorgelegten Konkordatsentwurf.

⁶¹ Dagegen spricht auch nicht, daß am 18. April „einige vom Papst selbst gekennzeichneten Stellen noch umformuliert worden sein dürften“, Morsey, Tagebuch, S. 429. Daß der von Kaas erstellte Entwurf die Grundlage bildete, geht aus dem Begleitbrief von Kaas vom 20. 4. 33 hervor; Kaas schreibt: „Bei einer mündlichen Erläuterung würden sich eine Reihe von Zweifeln ohne weiteres klären lassen, die ohne Erläuterung vielleicht bei einzelnen Artikeln auftauchen könnten, obwohl ich mich im Rahmen des Möglichen tmlichst dem von Ihnen mitgebrachten Entwurf (II. Vat. 759/24) anzupassen suchte.“ Veröff. in: Briefe zum Reichskonkordat Ludwig Kaas-Franz v. Papen, hrsg. v. R. Morsey, in: Stimmen der Zeit 167 (1960), S. 11 (künftig: Morsey, Briefe).

senskonflikte gestellt würden.“ Es bleibt unklar, weshalb der Gewissenskonflikt für Kaas, der nicht nur mit der Zentrumspartei eng verbunden, sondern deren Vorsitzender war, weniger schwer ins Gewicht fiel. Der Bezug auf das von Kaas wiedergegebene Gespräch mit Papen im Zug ist unverkennbar. Andererseits hat Papen nach den Angaben von Kaas am 15. April in der Besprechung mit Kardinalstaatssekretär Pacelli die Ausarbeitung von Kaas gelesen und genehmigt. Der Entpolitisierungsartikel wurde hierbei besonders genannt. Ob nun Papen im Beisein von Pacelli eine Diskussion über diesen, ihm allerdings, wie wir wissen, überaus wichtig erscheinenden Artikel, vermeiden wollte, oder ob dieser Artikel in den späteren Phasen von Kardinalstaatssekretär Pacelli oder von Papst Pius XI. persönlich abgemildert wurde, ist mit den uns zugänglichen Quellen nicht zu rekonstruieren. Die Bemerkung von Kaas in seinem Brief an Papen vom 2. Mai läßt beide Deutungen zu: „Bei unserer Besprechung mit Kardinalstaatssekretär gingen auch Sie von dem Gesichtspunkt aus, daß für Fälle besonderen kirchlichen Interesses die Möglichkeit einer ziffernmäßig allerdings aufs äußerste beschränkten Mitgliedschaft im Parlament nicht ganz unmöglich gemacht werden sollte. Ich werde – unter Wahrung dieses Grundsatzes – versuchen, eine weitere Annäherung an die Regierungswünsche zu ermöglichen und bitte gegebenenfalls um genauere Instruktionen.“⁶² Am 11. Mai 1933 konnte Kaas Papen berichten: „Artikel 31 [der Entpolitisierungsartikel] hat einen Zusatz 3 bekommen, der ein praktisch sehr weitgehendes Zugeständnis darstellt.“ Damit war Papen aber noch nicht zufrieden. Am 17. Mai antwortete er Kaas mit einem detaillierten Entwurf, an den er die Betrachtung knüpfte: „Ich möchte deshalb nicht annehmen, daß angesichts der Gesamtlage in Deutschland der Heilige Stuhl diese Gelegenheit vorübergehen lassen könnte aus Erwägungen, die den Artikel 31 betreffen, denn ich glaube sagen zu können, daß dieser Artikel in dem von uns gewünschten Sinn eine *conditio sine qua non* ist.“ Aus all dem geht hervor, daß Papen – sei es nun auf Veranlassung Hitlers oder aus eigener Initiative – die Forderungen bezüglich des Entpolitisierungsartikels gesteigert hat. Das wurde auch von der Kurie bemerkt, während es keine Anzeichen dafür gibt, daß Kaas dagegen remonstriert hätte. Im Gegenteil! Das Schreiben des Prälaten Kaas vom 23. Mai zeigt, daß der Vatikan, nicht etwa Kaas, erhebliche Bedenken gegen die von Papen vorgeschlagene Form des Entpolitisierungsartikels hatte.⁶³ Kaas schreibt: „Einzelne der nachträglich ausgesprochenen Wünsche sind im Vatikan auf stärksten Widerstand gestoßen. Zudem wünscht der Hl. Stuhl vor seiner amtlichen Stellungnahme das Ergebnis der Beratungen der Fuldaer Bischofskonferenz abzuwarten, die bekanntlich am 30. d. Monats zusammentritt. Letzterer Gesichtspunkt gilt vor allem für diejenigen Konkordatsabschnitte, welche sich auch mit den Fragen des . . . Maßes der Beteiligung des Klerus am politischen Leben befassen. Auch schon aus diesem Grunde bin ich daher noch nicht in der Lage, Ihnen bezüglich des Artikels 31 eine, soweit es im Rahmen von

⁶² Zitiert nach Morsey, Briefe, S. 15.

⁶³ Das geht auch aus dem Telegramm v. Bergens an Papen vom 24. Mai hervor; vgl. A. Kupper I, S. 292.

Vorbesprechungen überhaupt möglich ist, abschließende Teilfassung vorzulegen. Ich bitte aber davon überzeugt zu sein, daß ich jeden verantwortbaren Weg versuchen werde, um zu einer Klarheit und Frieden schaffenden Lösung zu gelangen.“

Der deutsche Botschafter von Bergen sprach in seinem Telegramm an Papen vom 1. Juni die Vermutung aus, daß Pacelli (und nicht etwa Kaas) die Fuldaer Bischofskonferenz eigens veranlaßt habe, um mit ihrer Hilfe unbequemen staatlichen Wünschen besser begegnen zu können⁶⁴. An keiner Stelle wird in den Berichten des deutschen Botschafters auch nur eine Andeutung des Verdachts geäußert, Prälat Kaas könnte gegen den Entpolitisierungsartikel intrigieren. Ein solcher Verdacht hätte für von Bergen umso näher gelegen, als er in geradezu beleidigender Weise bei den Verhandlungen übergangen wurde⁶⁵. Auch hat Papen die Schwierigkeiten, in die Kaas mit einer Befürwortung des Entpolitisierungsartikels seiner Partei gegenüber kommen konnte, selbst in seinem Schreiben an von Bergen vom 26. Mai angedeutet⁶⁶. Es schien Papen „sehr begreiflich“, daß „Herr Prälat Kaas, der so eng mit der Politik der Partei verbunden war, sich nur schwer wird entschließen können, dem Hl. Stuhl zu einer Maßnahme in unserem Sinn zuzureden.“

5. Die Stellungnahme der deutschen Bischöfe und der Abschluß der Verhandlungen

Auf der Bischofskonferenz vom 30. Mai bis 1. Juni in Fulda kam rasch zutage, daß der deutsche Episkopat wegen eines Konkordats keineswegs ohne Bedenken war und daß ihm insbesondere die von der deutschen Regierung angestrebte und von Kaas unterstützte Ausschaltung des Klerus aus der Politik bedenklich schien. Kardinal Schulte von Köln lehnte spontan jede Verhandlung mit der „Revolutionsregierung“ ab⁶⁷. Gesetz und Recht bestünden zur Zeit in Deutschland nicht. Noch klarer war die Haltung des Eichstätter Bischofs, Graf Preysing. Er wies auf die Bedeutung der NSDAP im neuen Staat und auf die von den Nationalsozialisten immer wieder herausgestellte Tatsache hin, daß die Partei dem Staat befehle. Da die Partei jedoch weiter unchristliche Ziele verfolge, so müsse der Episkopat seine Warnung gegen den Nationalsozialismus schon um der Gläubigen willen erneuern und bekräftigen. Das hieß aber mit anderen Worten, das Beispiel des Ralliement war wegen des unchristlichen Charakters der NSDAP nicht anwendbar⁶⁸.

Die deutschen Bischöfe haben sich diese sehr hellsichtigen Warnungen nicht zu eigen gemacht, sondern sind der Linie des Freiburger Erzbischofs Gröber gefolgt, der, von Rom kommend, den Bischöfen den Konkordatsentwurf überbracht hatte.

⁶⁴ Vgl. A. Kupper I, S. 293.

⁶⁵ Vgl. E. Deuerlein, *Katholizismus*, S. 120.

⁶⁶ Zitiert nach R. Morsey, *Zentrumspartei*, Anm. 44, S. 391.

⁶⁷ L. Volk, *Bayerischer Episkopat*, S. 110ff., auch für das Folgende.

⁶⁸ Auch hier zeigt sich, wie wenig die von H. Barion a. a. O. angewandte Methode, nur die Ergebnisse von Besprechungen (das war in diesem Fall der Hirtenbrief vom 10. Juni 1933) zu werten, geeignet ist, zu wissenschaftlich exakten Ergebnissen zu führen.

Der Pfingsthirtenbrief wurde daher zur großen Enttäuschung aller Zentrumsanhänger, die ein deutliches Wort der deutschen Bischöfe gegen die vielen Drangsale und Verfolgungen ihrer Anhänger erwartet hatten. Hans Barion, der aus dem Hirtenbrief eine „Fuldaer Vereinbarung“ macht, stellt die These auf, „die beiden Verlautbarungen von Fulda (28. 3. und 10. 6. 1933) und das Reichskonkordat bildeten eine Einheit, vergleichbar der Zusammengehörigkeit von Staatsvertrag und Konkordat in den Lateranverträgen von 1929“⁶⁹. Er behauptet weiter, die in den beiden Bischofserklärungen angedeuteten Vorbehalte gegen die nationalsozialistische Weltanschauung hätten die Anerkennung des neuen Kabinetts abhängig gemacht von der Praktizierung einer an der katholischen Soziallehre ausgerichteten Gesetzesforderung, wie sie im Konkordat festgelegt worden sei.

Diese These findet in den Fuldaer Verhandlungen, soweit sie uns bekannt sind, keine Stütze. Trotz der eindeutigen Verbindung, die zwischen dem nationalsozialistischen Gedankengut und der Regierung bestand, entschloß man sich um des lieben Friedens willen, weiter an der These von der Trennung von Regierung und Partei festzuhalten. Offenbar wollte man auch die Konkordatsverhandlungen nicht stören, deren Aussichten man allerdings nicht für sehr günstig hielt. Wie Kardinal Faulhaber Papen gegenüber am 10. Juni meinte, werde das Konkordat in dieser für die Kirche so überaus günstigen Form kaum durchgehen⁷⁰. Der Hirtenbrief war also nicht, wie H. Barion meint, eine Entscheidung für die Regierung und gegen den Nationalsozialismus, sondern für die Bischöfe eine der politischen Lage angemessene Kompromißformel.

Auf die Verhandlungen in Rom wirkten die Beschlüsse in Fulda nur insofern zurück, als sich die deutschen Bischöfe gegen die von Papen vorgeschlagene Form des Entpolitisierungsartikels wandten und eine abgemilderte Form vorschlugen. Es ging ihnen dabei nicht um ein Weiterwirken der im Zentrum tätigen Geistlichen, sondern sie wollten die mit dem Entpolitisierungsartikel ihrer Meinung nach verbundene Deklassierung der Geistlichen als Staatsbürger vermeiden.

In dem schon erwähnten Gespräch mit Kardinal Faulhaber am 10. Juni gelang es Papen, den Kardinal zu der Äußerung zu bringen, man solle seiner Meinung nach an der Umformulierung dieses Artikels das Konkordat nicht scheitern lassen. In dem gleichen Gespräch berichtete Faulhaber Papen von dem Entschluß der Bischöfe, zur Entlastung von Kaas einen Bischof nach Rom zu delegieren. Wegen seiner guten Beziehungen zu Pacelli sei an Erzbischof Gröber von Freiburg gedacht. Er selber hätte den Bischof von Eichstätt, Graf Preysing, vorgeschlagen. Papen begrüßte diese Entscheidung, offenbar ohne von den Bedenken Preysings zu wissen. Graf Preysing war Papen persönlich bekannt. Nach der Übernahme der „Germania“-Aktien 1923 hatte sich Papen wegen eines neuen Chefredakteurs an Professor Paul Nikolaus Cossmann und an Kardinal Faulhaber gewandt⁷¹. Von beiden war ihm Graf Preysing genannt worden. Dies Projekt hatte sich zwar zerschlagen, doch hat

⁶⁹ H. Barion, a. a. O., S. 154.

⁷⁰ Vgl. L. Volk, Bayerischer Episkopat, S. 113f.

⁷¹ Die Korrespondenz darüber im Nachlaß Franz Frh. v. Gebattel, Schloß Gebattel.

Papen damals einen sehr positiven Eindruck von Preysing erhalten. Aus verschiedenen Gründen wurde der Vorschlag Faulhabers jedoch nicht weiter verfolgt und Erzbischof Gröber ging nach Rom. Kardinal Faulhaber legte es trotzdem Graf Preysing nahe, von sich aus nach Rom zu fahren, was Preysing aber aus verständlichen Gründen ablehnte⁷². Das spricht dafür, daß Faulhaber trotz seiner Äußerung zu Papen Bedenken gegen das Konkordat hatte und es deshalb begrüßt hätte, wenn der in diplomatischen Dingen geschulte und mit Kardinal Pacelli gut bekannte Graf Preysing in Rom zur Verfügung des Kardinalstaatssekretärs gewesen wäre.

Prälat Kaas hätte gern Kardinal Bertram in Rom gehabt, was Botschafter von Bergen zu verhindern wußte, dessen Berichte in dieser Zeit voll von Warnungen vor der mühsamen Verhandlungsweise des Breslauer Kardinals sind. Papen hat offenbar auf Betreiben des Zentrumsabgeordneten Hackelsberger, den er am 20. Juni traf, die Entsendung Gröbers betrieben, nachdem ihm die Haltung Preysings bekannt geworden war. Hackelsberger kam damals gerade von Rom⁷³. Er war ein Intimus von Kaas und Gröber und hat später bei den Verhandlungen eine Rolle gespielt, die nach der Auflösung der Zentrumsparterie zur Aufnahme einiger ihrer Abgeordneten als Hospitanten in die Fraktion der NSDAP führten.

In Rom konzentrierten sich die Verhandlungen auf zwei Punkte: auf den vom deutschen Episkopat abgelehnten Entpolitisierungsartikel und auf die in Fulda nicht klar entschiedene Frage, ob man davon ausgehen könne, daß die deutsche Regierung im Sinne des Ralliement sich künftig bei ihrer Gesetzgebung im Rahmen der katholischen Soziallehre halten werde. Bei Beseitigung der einen Schwierigkeit hat die wichtigste Vorarbeit Prälat Kaas geleistet. Seine Tätigkeit hatte inzwischen aber im deutschen Episkopat Unbehagen ausgelöst. Zum Teil kolportierte man, wie Bischof Schreiber von Berlin es tat, in diesem Maße sicherlich unzutreffende Nachrichten, wonach die Tätigkeit des Prälaten der Reichsregierung ein Dorn im Auge sei⁷⁴. Die Entsendung eines offiziellen Vertreters des deutschen Episkopats zu den Konkordatsverhandlungen ging hauptsächlich auf diese Bedenken zurück. Von da an hielt sich Kaas auch etwas zurück. Die zweite Schwierigkeit wurde von Papen ausgeräumt.

Um die Bedenken gegen den Entpolitisierungsartikel zu überwinden, versuchte Kaas in einem Brief vom 11. Juni, Papen für die – im übrigen nicht erhaltene – Fassung zum Artikel 31, die von den deutschen Bischöfen in Fulda beschlossen worden war, zu gewinnen. Er glaubte feststellen zu können, „daß im sachlichen Ergebnis zwischen beiden Fassungen kein Unterschied feststellbar sein dürfte . . . Die von Fulda angenommene Fassung erreicht mit ihrer mildereren Formulierung dasselbe praktische Ziel und wird in den Kreisen des Klerus auf weniger psychologische Widerstände stoßen . . . Von dieser Tatsache ausgehend“, schreibt Kaas weiter, „glaube ich raten zu können, daß man unter Verzicht auf die zunächst in Aussicht genommene schärfere Formulierung die von der Fuldaer Konferenz angenommene

⁷² Vgl. L. Volk, Bayerischer Episkopat, S. 114f.

⁷³ Ebenda, S. 115f.

⁷⁴ Ebenda.

Fassung für den Konkordatstext selbst als genügend ansieht und sich darauf beschränkt zu erwirken, daß die von Rom zu erlassende Verfügung so ausfällt, daß die wirksame Durchführung des beabsichtigten Zieles gesichert ist.⁷⁵

Für den Fall, daß diese Formulierung in Berlin als ungenügend angesehen würde, legte Kaas verschiedene Ersatzvorschläge bei und versicherte: „Ich bin bereit, auf Grund etwaiger neuer Instruktionen mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär wiederum Fühlung zu nehmen, um festzustellen, wie die von dort bevorzugte Formulierung beurteilt wird. Wenn Artikel 31 in der Fuldaer Fassung dort angenommen würde, wäre der Weg für den baldigen Abschluß der Verhandlungen ohne weiteres frei.“ In jüngster Zeit ist dieser Brief so ausgelegt worden, als hätte Prälat Kaas mit seinen Ersatzvorschlägen eine Abmilderung des Entpolitiserungsartikels erstrebt⁷⁶. Mir scheint eine andere Deutung wahrscheinlicher. Nachdem sich der Vatikan wegen des Entpolitiserungsartikels an die deutschen Bischöfe gewandt hatte, mußte Prälat Kaas damit rechnen, daß sich der Kardinalstaatssekretär von der in Fulda vorgeschlagenen Formulierung nicht abbringen ließ. Der Brief scheint mir daher kein Versuch gewesen zu sein, den umstrittenen Artikel abzumildern, sondern ein solcher, eine Schwierigkeit aus dem Weg zu räumen, von der Kaas, wie wir sehen werden, mit Recht annehmen konnte, daß sie nicht unerheblich sein würde. Sein Eingreifen scheint mir also nicht dem Inhalt des Artikels gegolten zu haben, sondern dem Bestreben, die Verhandlungen voranzutreiben.

Die Ersatzvorschläge von Kaas hätten unter Vermeidung des von Papen gewünschten Wortes „Verbot“ jedenfalls bewirkt, daß kein katholischer Geistlicher mehr ein Amt in einer Partei hätte übernehmen können. In den letzten Verhandlungen erwies sich, daß der Widerstand der Kurie gegen den Entpolitiserungsartikel sehr heftig war. Gerade daran zeigt sich, wie sehr Kaas im Lager Papens stand, denn es wäre für ihn ein leichtes gewesen, diesen Widerstand anzufachen⁷⁷. Statt dessen hat er alles getan, ihn zu überwinden. Auf den Rat von Kaas und des deutschen Botschafters am Vatikan, von Bergen, begab sich Papen am 29. Juni nach Rom, weil er der Überzeugung war, daß „die Formulierung des Artikels 31 nur persönlich ausgehandelt werden kann“⁷⁸. Nach dem Bericht des bei der entscheidenden Sitzung vom 3. Juli anwesenden Botschafters von Bergen, an der neben Pacelli auch Gröber, Kaas und Papen teilnahmen, „erreichte es der mit Geschick und Verve verhandelnde Vizekanzler mit Hilfe der ausgezeichneten Vorarbeit des

⁷⁵ Zitiert nach R. Morsey, Briefe, S. 27 f.

⁷⁶ J. Becker, Das Ende, S. 155 f. Die Vorschläge sind veröffentlicht bei R. Morsey, Briefe, S. 28, Anm. 31.

⁷⁷ Auch hiergegen glaubt Becker, Das Ende, S. 155, mit dem spitzfindigen Argument angehen zu können, „da Papen die Durchsetzung des Artikels 32 zu einem persönlichen Anliegen gemacht“ habe, entfalle der Vorwurf gegen Kaas, dieser „habe die Interessen Papens betrieben“. Demgegenüber stellte A. Kupper I, S. 286, fest, Papen habe als seinen Sachwalter und Unterhändler den Prälaten Kaas in Rom zurückgelassen.

⁷⁸ Die zitierte Stelle aus dem Brief Papens an das Auswärtige Amt vom 25. 6. 53 nach K. D. Bracher, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, in: Der Konkordatsprozeß, 1956/58, S. 1003. Zum Verhalten Kaas' vgl. R. Morsey, Briefe, S. 30.

Prälaten Kaas, daß die ganze Angelegenheit in vier Sitzungen erledigt wurde. Der frühere Artikel 31 wurde mit Artikel 32 aus taktischen Gründen vertauscht, um die Diskussion über die für den Vatikan sehr peinliche Frage der Entpolitisierung der Geistlichkeit an die letzte Stelle zu bringen und die Kurie vor die schwierige Entscheidung zu stellen, ob sie es würde verantworten können, alle in dem früheren Artikel mühsam erreichten Zugeständnisse allein wegen des Art. 32 zu opfern. Tatsächlich hat sie zum Schluß diesen bitteren Artikel geschluckt.“⁷⁹

Das zweite Bedenken, ob nämlich die Regierung Hitlers in ihrer Gesetzgebung auf dem Boden der katholischen Soziallehre bleiben würde, nach der Lehre Leos XIII. die dritte entscheidende Frage für die Anerkennung der Regierung und damit den Abschluß des Konkordats, konnte von Prälat Kaas nicht zerstreut werden. Diese Frage hat offensichtlich in den letzten Verhandlungen eine wesentliche, bis heute wenig beachtete Rolle gespielt. Die Zweifel, die sich durch kirchenfeindliche Maßnahmen und Übergriffe in Rom erheblich verstärkt hatten, waren auch im deutschen Episkopat durch verschiedene Vorkommnisse im Juni so gewachsen, daß Kardinal Faulhaber und Bischof Graf Preysing Anfang Juli in Rom Bedenken sowohl gegen den Entpolitisierungsartikel wie gegen die Vertrauenswürdigkeit der Regierung erhoben⁸⁰. Diese Zweifel, die ihm in Rom offenbar in sehr deutlicher Form vorgetragen wurden, hat Papen auszuräumen verstanden. Wie wir aus dem Brief Papens an Hitler vom 2. Juli 1933 erfahren, hat ihn Hitler in einem Telefongespräch vom 1. Juli ermächtigt, dem Kardinalstaatssekretär zu erklären, daß er nach dem Konkordatsabschluß „für eine durchgreifende und volle Befriedung zwischen dem katholischen Volksteil und der Reichsregierung oder den Länderregierungen“ sorgen wolle⁸¹. Erst nach dieser Zusicherung hat sich die Kurie entschlossen, ihre Bedenken gegen den Entpolitisierungsartikel fallenzulassen. Wieweit Papen damals gutgläubig gehandelt hat und insbesondere, in welcher Form er diese Zusage an Pacelli weitergab, mag dahingestellt bleiben. Es spricht manches dafür, daß er damals tatsächlich geglaubt hat, Hitler werde seine Zusicherung einhalten⁸². Anders sieht es drei Wochen später bei der feierlichen Unterzeichnung des Konkordats am 20. Juli 1933 aus. Wie Papen am 22. Juli in Maria Laach, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Konkordats, in einer Aussprache zu seiner dort gehaltenen Rede sagte, habe Papst Pius XI. sich noch im letzten Augenblick im Hinblick auf die beiden zuletzt noch strittigen Probleme geweigert, das Konkordat zu unterschreiben⁸³. Insbesondere habe er Bedenken gegen den Entpolitisierungs-

⁷⁹ Zitiert nach K. D. Bracher, a. a. O., S. 1004f. Dieser Bericht wird durch die von E. Deuerlein, *Katholizismus*, S. 121f. zitierten Ausführungen des ebenfalls anwesenden Ministerialdirektors Rudolf Buttman voll bestätigt. Danach hat Kardinalstaatssekretär Pacelli mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht.

⁸⁰ Vgl. L. Volk, *Bayerischer Episkopat*, S. 118f.

⁸¹ Vgl. G. Lewy, S. 93. Der Brief ist hier in einer Rückübersetzung aus der englischen Aktenausgabe veröffentlicht. Im Original ist er in der angekündigten Aktenausgabe von A. Kupper enthalten.

⁸² Vgl. L. Volk, *Bayerischer Episkopat*, S. 119.

⁸³ Die Rede Papens ist veröffentlicht, in: *Der katholische Gedanke* 6 (1933), S. 331–336.

artikel gehabt, „weil sich damit die deutschen Katholiken ganz in die Hände des nationalsozialistischen Staates begeben würden“. Pius XI. habe seine Zustimmung erst gegeben, „als ihm das feste Versprechen des Reichskanzlers übermittelt wurde, die nationale Wiedergeburt in Deutschland auf der alleinigen Grundlage des Christentums durchzuführen“⁸⁴. Papen hat damit Papst Pius XI. bewußt getäuscht, denn es war erst eine Woche vergangen, seit in der Sitzung des Reichskabinetts vom 14. Juli 1933 das erste Sterilisierungsgesetz beschlossen worden war, das eindeutig, wie auch Papen bei dessen Diskussion betont hatte, gegen die katholische Sittenlehre verstieß. Papen hatte in dieser Kabinettsitzung sogar darum gebeten, „die Veröffentlichung bis nach Abschluß der römischen Konkordatsverhandlungen zurückzustellen“⁸⁵. In Maria Laach berichtete Papen auch, daß er bei Hitler mit seiner Idee eines Konkordats mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden gehabt habe. Er nannte drei Gründe, mit denen er den Widerstand Hitlers habe überwinden können⁸⁶:

1. Die außenpolitischen Wirkungen, die in der Anerkennung des Dritten Reiches durch die stärkste und älteste moralische Weltmacht liegen⁸⁷;
2. das Konkordat werde den „politischen Katholizismus“ in Deutschland endgültig erledigen;
3. der Friedensschluß mit der katholischen Kirche werde zur Schlichtung der Streitigkeiten mit und innerhalb der evangelischen Kirche beitragen.

Die Tagung in Maria Laach wurde durch Papens Rückkehr aus Rom ein Tag des Triumphes der dem Nationalsozialismus verfallenen konservativen Kräfte im deutschen, vorab im rheinisch-westfälischen Katholizismus. Hermann Freiherr von Lüninck fand damals dafür die Worte⁸⁸: „Der Führer übt keine Vergeltung. Als voller Sieger zeigt er Mäßigung und beweist damit, daß der Heilige Geist wahrhaftig bei ihm ist; denn Mäßigung ist die wesentliche Gabe des Heiligen Geistes. Hier zeigt sich die übernatürliche Kraft des Glaubens und der Gnade im Gegensatz zu

Die Angaben über die Aussprache gehen zurück auf Aufzeichnungen von J. C. Maier-Hultschin, einem Teilnehmer der Tagung. Sie sind veröff. in: *Die Furche*, Nr. 50, vom 13. 12. 1952, S. 5. In der Schilderung bei G. Lewy, a. a. O., S. 104, wird diese Weigerung nicht erwähnt, hingegen Papens Zusage insofern bestätigt, als Papst Pius XI. sein Vertrauen in die Zusage Hitlers betont habe, die nationale Einigung werde einzig und allein auf den Fundamenten des Christentums erfolgen.

⁸⁴ Vgl. J. C. Maier-Hultschin, *Der Wahrheit eine Gasse?*, in: *Die Furche*, a. a. O.

⁸⁵ Protokoll der Kabinettsitzung vom 14. 7. 1933, Bundesarchiv Koblenz R. 45 I/1464. Graf Galen hatte am 18. Mai sein Mandat im preußischen Landtag im Hinblick auf das zu erwartende Sterilisierungsgesetz niedergelegt, weil er nach Annahme des (preußischen) Ermächtigungsgesetzes keine Möglichkeit sah, es zu verhindern. Vgl. R. Morsey, *Zentrums-Partei*, S. 388, Anm. 34.

⁸⁶ Zitiert nach J. C. Maier-Hultschin, a. a. O., S. 5. In: *Der Wahrheit eine Gasse*, 1952, S. 313, schreibt Papen, er habe mit dem Konkordat die neue Reichsregierung auf christliche Grundsätze verankern wollen.

⁸⁷ Danach dürfte feststehen, daß dieses Rom so verärgern Argument zuerst von Papen verwendet wurde.

⁸⁸ Zitiert nach J. C. Maier-Hultschin, a. a. O., S. 5.

den natürlichen Mitteln katholischer Menschen.“ Der Triumph galt der Überwindung des politischen Katholizismus, der im Zentrum seinen Ausdruck gefunden hatte. Die Anhänger dieser Partei haben freilich von dieser von Lüninck gespriesenen Mäßigung auch nach der Unterzeichnung des Konkordats wenig zu spüren bekommen.

Die Motive Papens bei den Konkordatsverhandlungen dürften damit klar zutage liegen. In seinen Erinnerungen beruft er sich auf die Hoffnung, Hitler durch ein Konkordat binden zu können. Wieweit dies zutrifft, ist schwer festzustellen. Daneben war es für ihn sicher sehr wesentlich, daß es ihm damit gelang, seine bedrohte Stellung im Kabinett durch Erfolge zu festigen, wobei die Ausschaltung des politischen Katholizismus ebenso wichtig war wie der Abschluß des Konkordats. Er ist dabei bis zur Täuschung der vatikanischen Stellen gegangen. Von Pius XI. sind sehr abfällige Urteile über Papen bekannt, und am 22. April 1940 hielt es Papst Pius XII. angesichts seiner Haltung und Tätigkeit in den letzten Jahren für unmöglich, Papen das *Agrément* als deutscher Botschafter am Vatikan zu erteilen⁸⁹. Betrachtet man die Tätigkeit Papens und des Prälaten Kaas im Zusammenhang, so wird die eingangs aufgestellte These, daß ohne ihre Tätigkeit das Konkordat nicht abgeschlossen worden wäre, voll bestätigt. Ja, man kann sagen, sie haben alle Beteiligten geradezu dazu gezwungen. Das Verhalten der Regierung und der Nationalsozialisten gegenüber der katholischen Kirche nahm keine Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen, die dem Reichsinnenministerium und den NS-Dienststellen ohnehin erst zu einem sehr späten Zeitpunkt bekanntgeworden waren. Die mitunter geäußerte Ansicht, der Terror habe die Verhandlungen beschleunigen sollen, ist kaum vertretbar; es scheint mehr ein Nebeneinander gewesen zu sein, unter dem Papen sogar Sabotage seiner Bemühungen vermutete⁹⁰. Hitler zeigte sich zwar von dem Ergebnis der Verhandlungen sehr erfreut, er hat aber weder damals noch später die geringste Rücksicht darauf genommen.

Der überraschend schnelle Abschluß des Reichskonkordats ist praktisch in den allerersten Verhandlungen entschieden worden. Als Papen die hohen Forderungen des Vatikans akzeptierte und sie auch in Berlin durchsetzen konnte, war die Taktik des Vatikans, die Verhandlungen durch Aufstellen erhöhter Forderungen gar nicht in Gang kommen zu lassen, gescheitert. Später auftauchende Schwierigkeiten wurden von Kaas und Papen durch Entgegenkommen ausmanövriert. So blieben am Schluß nur noch zwei Fragen zu klären. Der Entpolitisierungsartikel und der Verdacht, Hitler werde sich in seiner Gesetzgebung nicht an die Grundregeln der katholischen Soziallehre halten. Im ersten Fall fand Pacelli bei Kaas und bei Erzbischof Gröber nicht die notwendige Unterstützung. Der zweiten Schwierigkeit begegnete Papen, indem er eine beruhigende Zusicherung Hitlers übermittelte und sie anscheinend später Papst Pius XI. noch in unzulässiger Form präziserte.

⁸⁹ Brief an den Bischof von Berlin, Graf Preysing, vom 22. 4. 1940, in: *Die Briefe Pius XII. an die deutschen Bischöfe, Akten und Dokumente des Heiligen Stuhls über den zweiten Weltkrieg*, Bd. 2, hrsg. v. P. Blet, A. Martini und B. Schneider, Vatikan 1966, S. 141 f.

⁹⁰ So in seinem Brief an Hitler, v. 2. 7. 1933, vgl. L. Volk, *Bayerischer Episkopat*, S. 119.

Die Entscheidung konnte danach kaum anders ausfallen, als es geschehen ist. Zwar bedeutete die Unterzeichnung des Konkordats, im Hinblick auf die Zustände in Deutschland, einen erheblichen Vorschub an Vertrauen. Jede Ablehnung hätte jedoch den Kirchenkampf in entscheidender Weise verschärft, zumal als Begründung kaum etwas anderes hätte angeführt werden können, als daß man den Zusicherungen Hitlers keinen Glauben schenkte. Allerdings ist man auch nach der Unterzeichnung Hitler weit entgegengekommen. Rom hat sogar in der Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifikation den in der katholischen Staatslehre vorgezeichneten und bisher eingehaltenen Weg selbst verlassen, als man das 5 Tage nach der Unterzeichnung am 25. Juli veröffentlichte Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses hinnahm. Man hat zwar später dagegen protestiert und sich dagegen gewandt, daß katholische Ärzte zu Sterilisierungen herangezogen wurden, man hat diese Tatsache aber nicht zur Begründung genommen, um das Konkordat nicht zu ratifizieren. Das alles spricht dafür, daß man sich schließlich doch von den günstigen Bedingungen gewinnen ließ, wobei man sich im klaren war, daß der Vertrag wohl von keiner deutschen Regierung je so angeboten werden würde.

6. Prälat Kaas und das Ende des Zentrums

Am rätselhaftesten bleiben die Motive des Prälaten Kaas. Am Abend des 7. April verließ Kaas Berlin. Er hat deutschen Boden nicht mehr betreten.

Dem Vatikan, für den es nach dem Zeugnis von P. Robert Leiber SJ nicht einfach war, für den in Rom aufgetauchten Prälaten eine passende Stellung zu finden⁹¹, kam diese Entscheidung nicht weniger überraschend als für seine Parteifreunde, die ihn noch Ende April in Berlin glaubten und zumindest von seiner endgültigen Übersiedlung nach Rom nicht unterrichtet waren⁹². Brüning behauptet jedenfalls, er habe nicht gewußt, daß Prälat Kaas auf immer Berlin verlassen habe. Der Fraktionsvorsitzende im Preußischen Landtag, Prälat Lauscher, glaubte, Kaas würde am 18. April nach Berlin zurückkehren, und war erstaunt, ihn am 28. nicht in Berlin zu treffen⁹³. Fast einen Monat lang blieb Prälat Kaas nach seiner Abreise

⁹¹ Vgl. R. Leiber, a. a. O., S. 217; J. Becker, Das Ende, S. 156, benützt einen weiter nicht belegten Hinweis von Wüstenberg in seinem Gedenkartikel für Kaas im Rheinischen Merkur vom 9. November 1962, um die Behauptung aufzustellen, daß „Kaas mit seiner Romreise am 7. April einer Einladung des Kardinalstaatssekretärs entsprach“. Wie mir auch R. Morsey bestätigt, sind bisher keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung zu finden.

⁹² R. Morsey gibt in seiner Einleitung zum Tagebuch Kaas', S. 424 an, die Zentrumsleute hätten die Abreise von Kaas erst aus der Zeitung erfahren, eine Ansicht, die er in: Zentrumsparlei, S. 571, Anm. 25 und 26 näher belegt. Brüning schreibt in seinen Memoiren (Fassung 1955), er habe nichts von der Übersiedlung von Kaas gewußt.

⁹³ Vgl. R. Morsey, Zentrumsparlei, S. 375, Anm. 48. Diesen eindeutigen Aussagen gegenüber stellt J. Becker, S. 155, fest, „daß Kaas entgegen dem Zeugnis seiner zeitgenössischen Aufzeichnungen ohne Wissen Brünings (wie der engeren Parteiführung) nach Rom reiste, bleibt – bis zum stichhaltigen Nachweis des Gegenteils – ungläubwürdig“. Für Beckers Behauptung, Prälat Kaas habe die Parteileitung von seiner Übersiedlung unterrichtet, gibt es keinen Beleg. Die Eintragung im Tagebuch von Kaas lautet: „Im Einverständnis mit Brüning und einigen anderen von mir befragten Freunden abends 9³⁷ Uhr Abfahrt nach Rom.“

aus Berlin noch Vorsitzender des Zentrums. Erst am 6. Mai ist er offiziell zurückgetreten. In dieser Zeit ist kein Versuch von ihm bekannt, sich mit seinen Parteifreunden wegen der Leitung in Verbindung zu setzen. Er hat auch keinen Versuch unternommen, seine Stellung bei den Konkordatsverhandlungen zur Erleichterung seiner unter schwerstem Druck stehenden Partei und ihrer Mitglieder zu verwenden. Hingegen hat er durch drei Handlungen die Krise seiner Partei entscheidend verschärft: einmal durch sein ebenso überflüssiges wie würdeloses Geburtstagstelegramm an Hitler am 20. April 1933⁹⁴, zum zweiten durch die Konkordatsverhandlungen selbst, über die er seine Partei völlig im unklaren ließ, und schließlich durch sein Festhalten am Parteivorsitz bis zum 6. Mai. Dieses Verhalten ist selbst dann unerklärlich, wenn man die nationale Aufbruchstimmung des Sommers 1933 in Betracht zieht⁹⁵. In Rom hätte Kaas, der mit den deutschen Verhältnissen einigermaßen vertraut war, erkennen müssen, was in Deutschland vor sich ging. Die äußerst heftigen Vorwürfe, die Papen am 29. Juni vom Kardinalstaatssekretär zu hören bekam, zeigen, daß man in Rom gut unterrichtet war⁹⁶.

Etwas schwieriger ist in dieser Zeit das Verhältnis von Kaas zu Papen zu beschreiben. Mitte April meinte er in Rom Frau Heßberger gegenüber, daß Papen unzuverlässig sei⁹⁷. In seinen Briefen ist davon nichts zu spüren. Die Bereitwilligkeit, mit der Kaas Papens Wünsche im Vatikan vertrat, scheint auch Papen, wie sein Briefwechsel mit von Bergen zeigt, überrascht zu haben. Allerdings versuchte Papen, Kaas in einer entscheidenden Phase zu täuschen. Die Behauptung in seinem Brief vom 17. Mai 1933: „Durch die von uns vorgeschlagene Fassung soll erreicht werden, daß Geistliche, die sich in den Parlamenten jetzt befinden und deren weitere Mitgliedschaft besonders dringend erwünscht erscheint, in diesen verbleiben können“⁹⁸, steht in auffallendem Gegensatz zu seinen gleichzeitigen Reden, in denen

⁹⁴ R. Morsey, Zentrumspartei, S. 379, stellt dieses Telegramm dem Wirths vom 16. April an Hindenburg gegenüber, in dem er sich als Geisel für verhaftete badische Zentrumsleute anbot. Vgl. dazu Becker, *Das Ende*, S. 158, Anm. 59, der diesen Vergleich dadurch zu entkräften sucht, daß er behauptet, es sei zweifelhaft, ob Wirth tatsächlich habe zurückkehren wollen.

⁹⁵ Vgl. J. Becker, *Das Ende*, S. 159. Im übrigen sind seine Ausführungen über diese Frage keineswegs eindeutig. Während er auf S. 157 mit Konrad Heiden übereinstimmt, „daß Kaas . . . schon frühzeitig die Position des Zentrums für hoffnungslos ansah und darin ein entscheidendes Motiv seiner Konkordatspolitik lag“, ist er S. 170 der Meinung: „Daß solche Vorstellungen Kaas indessen veranlaßt hätten, seine Partei ohne den Zwang einer ausweglosen Situation aufzugeben, dafür fehlen die Beweise.“ Diese sind von R. Morsey, Zentrumspartei, S. 382, mit dem Nachweis erbracht worden, daß nicht zuletzt Kaas es war, der das Zentrum in eine ausweglose Position manövriert hat.

⁹⁶ E. Deuerlein, *Reichskonkordat*, S. 116.

⁹⁷ Aus dem Protokoll der Konferenz der Diözesanvertreter in Berlin vom 25./26. April 1933, Veröff. bei H. Müller, a. a. O., S. 106f.

⁹⁸ Zitiert nach R. Morsey, Briefe, S. 20. Wie wenig solche Beteuerungen Papens bedeuteten, mußte der Fraktionsvorsitzende im preußischen Landtag, Prälat Lauscher, erfahren, als er am 7. Juli der Verbindungsmann der aufgelösten Zentrumsreste zu der NS-Fraktion werden wollte und wegen seiner Zugehörigkeit zum geistlichen Stand abgelehnt wurde. Vgl. R. Morsey, ebenda, S. 407.

er immer wieder das Zentrum angriff und seine Auflösung forderte⁹⁹. Hierher gehört auch der Brief Papens an von Bergen vom 26. Mai 1953, in dem er, ganz im Gegensatz zu seinen Beteuerungen gegenüber Kaas, die heftigsten Angriffe gegen das Zentrum richtete. Ihm schien es „völlig falsch zu sein, die Zentrumsparlei als solche konservieren zu wollen“¹⁰⁰. Nach Abschluß des Konkordats scheint Kaas über das spätere Verhalten von Papen sehr empört gewesen zu sein, was dafür spricht, daß er wenigstens nach dem 20. Juli den wahren Charakter seiner Rolle erkannt hat. 1954 allerdings, als Papen sich über Professor Eibl an Kaas wandte, um die Veröffentlichung eines vatikanischen Weißbuchs über die deutschen Konkordatsbrüche zu verhindern, hat er sich zwar dazu verwenden lassen, Papen aber doch dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß das Konkordat endlich von der deutschen Regierung eingehalten würde^{100a}. Später haben sich Kaas und Papen übereinander, wie Sir David Maxwell Fyfe am 19. Juni 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß ausführte, sehr harter Worte bedient¹⁰¹.

Bei der Beurteilung der Haltung von Kaas muß allerdings berücksichtigt werden, daß er mit seinem Wunsch, ein Konkordat abzuschließen, auch innerhalb des Zentrums nicht allein stand. Anfang April sprachen sich mehrere Zentrumsabgeordnete, darunter auch Wirth, dafür aus, und bei den letzten Verhandlungen war auch der Zentrumsabgeordnete Hackelsberger zugegen¹⁰². Trotzdem bleibt bestehen, daß sich Kaas in den Monaten April bis Juni 1953 ohne ersichtlichen Grund praktisch wie ein Agent Papens in Rom verhalten hat. Von den Bedenken, die gerade er gegen Hitler hegen mußte, ist nichts zu spüren. Das wird noch durch eine andere Überlegung deutlich.

Die schwierige Situation, in die das Zentrum ab Ende März geriet, war nicht zuletzt auch eine Folge zu geringer Kontaktnahmen zwischen Rom, dem deutschen Episkopat und dem Zentrum.

Die Rede des Heiligen Vaters im Konsistorium vom 13., die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 23. und die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. März sind ohne Absprache untereinander erfolgt. Mit dem Eintreffen des Prälaten Kaas in Rom war jedoch die Möglichkeit für derartige Absprachen gegeben. Daß sie trotzdem nicht erfolgt sind, daß das Zentrum von dem Gang der Verhandlungen so wenig Kenntnis erhielt, daß die Parteiführung Ende Mai nicht einmal wußte, daß die gleichzeitig tagende Fuldaer Bischofskonferenz über den Konkor-

⁹⁹ Besonders seine Reden auf dem deutschen Gesellentag am 10. Juni 1953 in München und am 23. Juni in Berlin, wo er von der überholten liberalen (!) Form des Zentrums sprach. Vgl. R. Morsey, *Zentrumsparlei*, S. 392, 396. Vgl. dazu auch G. Lewy, a. a. O., S. 88.

¹⁰⁰ Brief veröffentlicht bei R. Morsey, *Zentrumsparlei*, S. 390, Anm. 44.

^{100a} Vgl. E. Weinzierl-Fischer, *Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus*, in: *Wort und Wahrheit* 18 (1965), S. 502.

¹⁰¹ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XVI, S. 446f.

¹⁰² Vgl. R. Morsey, *Zentrumsparlei*, S. 397. Soviel ich sehe, ist diese Reise Hackelsbergers, der ja dann auch bei den Auflösungsverhandlungen des Zentrums eine Rolle spielte, noch nicht genügend aufgeklärt.

datsentwurf verhandelte, ist vielleicht der schwerste Vorwurf, den man gegen Kaas erheben muß¹⁰³.

Natürlich bleibt bestehen, daß nicht Kaas allein an dem Zusammenbruch des politischen Katholizismus in Deutschland schuld ist. Die Bischöfe und der Vatikan hatten seit dem 23. März zu wenig Vertrauen in die Standfestigkeit des Zentrums, um sich noch einmal mit dieser Partei zu identifizieren. Die Meinung, die der Bischof von Regensburg, Michael Buchberger, am 27. März 1933 Kardinal Faulhaber gegenüber aussprach: „Wir werden nach wie vor eine katholische Partei brauchen, sonst sind wir auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“¹⁰⁴, hat sich nicht durchsetzen können. Die enge Verbindung von Episkopat und Zentrum, die diese Partei wie einen unangreifbaren Turm erscheinen ließ, wurde dem politischen Katholizismus zum Verhängnis, als sich die katholische Kirche im Angesicht der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Seelsorge zurückzog.

¹⁰³ Vgl. R. Morsey, *Zentrumspartei*, S. 391 ff.

¹⁰⁴ L. Volk, *Kundgebung*, S. 438.